

(Beginn: 9.05 Uhr – Ende: 11.45 Uhr)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen. Diese Ratssitzung findet ja zu ungewöhnlicher Stunde statt. Wie Ihnen bekannt ist, werden wir am heutigen Tage zwei Sitzungen abhalten. Die erste Sitzung wird sich dem Doppelhaushalt 2008/2009 zuwenden. Nach der Mittagspause wird dann die reguläre Ratssitzung stattfinden.

Ebenso herzlich begrüße ich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die auch schon ungewöhnlich früh unterwegs sind. Die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sind noch nicht anwesend, dafür aber die Mitglieder des Rates.

Ich eröffne hiermit die 41. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2004/2009. Wir haben uns heute viel vorgenommen und werden es nicht bei der Haushaltssatzung bewenden lassen. Nach einer Mittagspause werden wir in der letzten regulären Ratssitzung vor der Sommerpause die notwendigen Beschlüsse fassen, damit anschließend alle Urlaub machen können.

Da wir also nahezu rund um die Uhr beschäftigt sein werden, besteht heute Mittag - das hatte ich schon angekündigt - die Möglichkeit, ein Mittagessen im „Consilium“ einzunehmen; dort ist alles für Sie vorbereitet.

Ganz besonders herzlich möchte ich heute Morgen Herrn Granitzka begrüßen. Er begeht heute seinen 65. Geburtstag mit Ihnen gemeinsam. Ganz herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Lieber Winni, damit du den heutigen Arbeitstag hoffentlich gut überstehst, habe ich mir erlaubt, für dich einen kleinen Picknickkorb zusammenstellen zu lassen.

(Oberbürgermeister Fritz Schramma übergibt Winrich Granitzka [CDU] einen großen Präsentkorb und gratuliert zum Geburtstag - Jochen Ott [SPD]: So, Winni, teilen! - Andreas Köhler [CDU]: Winni, reich mal herum! - Martin Börschel [SPD]: Das ist ja ein Fresskorb, Herr Oberbürgermeister! - Josef Müller [CDU] nimmt den Präsentkorb ab, um ihn beiseite zu stellen - Jochen Ott

[SPD]: Josef, nicht wegstellen! - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind für heute Frau De Bellis, Herr Walter, Herr Möring, Herr Simons und Frau Wolter entschuldigt.

Als Stimmzähler für diese Sitzung benenne ich Herrn Hock, Frau Möller und Herrn Helling.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Heute steht die Verabschiedung unseres Haushaltes auf der Tagesordnung. Der Haushalt ist das zentrale Thema unserer Ratspolitik. Für die Beratung sollte daher eine verlängerte Redezeit zur Verfügung stehen. Ich schlage vor, dass wir wie in den Vorjahren von der Möglichkeit, die unsere Geschäftsordnung bietet, Gebrauch machen und die Redezeit für diesen Einzelfall abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten festsetzen. Jede politische Gruppierung soll die Möglichkeit erhalten, einmal hier im Rat zur Verabschiedung der Haushaltssatzung zu sprechen. Die Redezeit sollte wie bisher üblich nach der Größe der Gruppierungen gestaffelt werden. Das würde bedeuten: Die Fraktionen von CDU und SPD erhalten jeweils eine Redezeit von maximal 30 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen und FDP jeweils bis zu 20 Minuten, pro Köln und Die Linke jeweils bis zu maximal 15 Minuten sowie die Einzelmandatsträger Dr. Müser und Frau May maximal je 10 Minuten. Gibt es dagegen Einwände? - Das ist nicht der Fall.

Weiterhin schlage ich vor, dass wir die Haushaltsreden, die eigentlich nach dem Tagesordnungspunkt 8.4 an der Reihe wären, direkt zu Beginn der Sitzung nach der Bestellung einer weiteren Schriftführerin vorsehen. Das entspricht auch der guten Tradition des Hauses. Gibt es dagegen Einwände? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die in der Tagesordnung aufgeführten Änderungsanträge. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**1. Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat 2543/2008**

Hierfür wird Frau Petra-Maria Müller vorgeschlagen. Gibt es dagegen Einwände oder Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist Frau Müller hiermit bestellt, als eine weitere stellvertretende Schriftführerin tätig zu werden.

Wir kommen nun zu den Haushaltsreden. Als Erstes erteile ich dem Sprecher der CDU-Fraktion, Herrn Granitzka, das Wort.

**Winrich Granitzka (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst sehr herzlich danken für die nette Begrüßung, für die Gratulation und auch für den tollen Geschenkkorb. Ich habe schon zugesagt, den ersten vier Reihen gerne etwas abzugeben.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] - Heiterkeit)

- Ich meinte meine Nachbarn links neben mir, Frau Kollegin; aber Sie bekommen auch etwas ab.

Der Rat der Stadt Köln beschließt heute den Doppelhaushalt 2008/2009 mit einem jeweiligen Volumen von 3 Milliarden Euro. Für die Erstellung dieser Werke, die Sie alle gelesen und bearbeitet haben, gilt mein Dank unserem Oberbürgermeister Fritz Schramma und seinem Stadtkämmerer, Herrn Soénius. Sie haben es geschafft, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der nicht mehr den Regeln des Haushaltssicherungskonzeptes unterliegt und uns dadurch größere politische Handlungsspielräume ermöglicht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist mir durchaus bewusst, dass das Neue Kommunale Finanzmanagement hier auch neue Möglichkeiten eröffnet hat. Dennoch halte ich die Umsetzung der Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes in so kurzer Zeit für wirklich bemerkenswert. Dafür danke ich sehr herzlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmererei und allen anderen Kolleginnen und Kollegen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Leider ist anzumerken, dass das Haushaltsjahr 2008 zwar mit einem Überschuss von 11,8 Millionen Euro abschließt, das Haushaltsjahr 2009 jedoch mit einem Defizit von rund 102 Millionen Euro. Das kann man nicht gutheißen, da die Deckung für diesen Fehlbetrag aus der Ausgleichsrücklage kommen soll, die uns aber nur einmal in Höhe von 600 Millionen Euro zur Verfügung steht. Ich fordere daher uns alle, den Rat und die Verwaltung, ausdrücklich auf, im Rahmen der unterjährigen Haushaltsbewirtschaftung sparsam und verantwortungsvoll mit den uns anvertrauten Geldern umzugehen, damit am Ende des Jahres 2009 ein deutlich geringerer Fehlbetrag festgestellt werden kann.

Einsparmöglichkeiten sehe ich zum Beispiel in der Stellenplanvorlage. Dort vermuten wir noch erhebliches Einsparpotenzial.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im AVR und im Finanzausschuss beschlossen - übrigens parteiübergreifend; in diesem Zusammenhang danke ich auch den Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen sehr herzlich, dass sie mit uns gemeinsam in die gleiche Richtung gehen -

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]:  
Ohne FDP!)

noch genauer hinzuschauen und jede einzelne Stelle und jedes Stellencluster vor der Freigabe noch einmal zu überprüfen.

Ein weiterer, aus meiner Sicht erwähnenswerter Punkt bezieht sich auf das für den Doppelhaushalt 2008/2009 gegründete Etatbündnis. Dieses Bündnis, bestehend aus CDU, SPD und den Grünen, zeichnet sich dadurch aus, dass sich diese drei Fraktionen über parteipolitische Grenzen hinweg zusammengefunden haben, um Verantwortung für unsere Stadt und die Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen. Damit ein solches Bündnis Erfolg hat, hat für uns als CDU-Fraktion die Einhaltung bestimmter Rahmenbedingungen immense Bedeutung.

Entscheidend für uns ist, dass die Schwerpunkte und Zielvorgaben, die unser Oberbürgermeister Fritz Schramma im Haushalt 2008/2009 vorgegeben hat, nicht angetastet werden. Diese hat er in seiner Haushaltsrede am 30. April klar benannt: Wirtschaftsförderung, Steigerung der Lebensqualität in der Stadt, Bildung und Qualifikation. Ich bin sehr froh, berichten zu können, dass all diese Schwerpunkte im Doppelhaushalt erhalten sind. Mit diesem wichtigen Signal an die

Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zeigt der Doppelhaushalt die Handschrift unseres Oberbürgermeisters und seines Kämmerers.

(Beifall bei der CDU)

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung möchte ich herausstellen: Die Fraktionen müssen entsprechend ihrer Größenverhältnisses im Haushalt abgebildet werden. Dies ist und umgesetzt worden.

Darüber hinaus haben wir großen Wert darauf gelegt, dass eine gemeinsame Liste vorgelegt und nicht mit Einzelanträgen im Finanzausschuss oder hier im Rat agiert wird.

Nicht zuletzt ist uns wichtig - ich werde später im Einzelnen noch darauf zurückkommen -, dass wir den Haushaltsvollzug auch gemeinsam durchführen. Das bedeutet, dass wir alle Bestandteile, die wir gemeinsam beschlossen haben, auch gemeinsam in den Anträgen vertreten müssen.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme nun - ich denke, die Vertreter der anderen Fraktionen werden das auch so halten - zu den Schwerpunkten, die die CDU im Doppelhaushalt setzt. Für uns, meine Damen und Herren, hat die Bildungs- und Familienpolitik eine enorme Bedeutung. Bildung ist ein hohes Gut. Bildung beginnt im Kindergarten und auch schon in der U3-Betreuung. Ich meine, Bildung sollte kostenfrei sein.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat auf die Versäumnisse der SPD-Regierung in früheren Jahren reagiert und 1,1 Milliarden Euro für Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Sie hat das in vielfältiger Form getan, nicht zuletzt durch das neue Kinderbildungsgesetz. Da wir als CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln aber auch selbst Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt übernehmen wollen, haben wir ergänzend zu den Initiativen der Landesregierung den Vorschlag entwickelt, die Kindergartenbetreuung in Köln beitragsfrei zu stellen. Dies ist und bleibt, meine Damen und Herren, ein wichtiges Ziel der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Zum einen stehen pädagogische Ansätze im Vordergrund. Diese verfolgen das Ziel, dass die Kinder frühzeitig und möglichst lange einen Kindergarten besuchen. Hier erhalten sie die Chance einer individuellen Betreuung, hier werden sie bedarfsgerecht gefördert, hier können Kinder mit Migrationshintergrund Sprachkompetenz erlangen, und hier wird zudem das Sozialverhalten der Kinder gefördert. Alles in allem möchten wir den Kindern den bestmöglichen Start ins Leben ermöglichen. Damit investieren wir in die Zukunft unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU - Andreas Köhler  
[CDU]: Sehr richtig!)

Zum anderen und neben dem pädagogischen Ansatz möchten wir jungen Familien und Alleinerziehenden auch einen finanziellen Anreiz bieten. Deshalb verfolgen wir das Ziel der generellen Beitragsfreiheit. Die Beitragsfreiheit ist nicht zuletzt auch ein entscheidender Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Köln. Daher darf die nicht vernachlässigt werden.

Wir haben im Rahmen der Haushaltsplanverhandlungen mit SPD und Grünen erreicht, dass die Kindergartenbeiträge ab dem dritten Kalenderjahr um 50 Prozent gesenkt werden. Dies bedeutet für Familien und Alleinerziehende eine Ersparnis von bis zu 1 538 Euro. Das gilt ab dem 1. Januar 2009, und zwar unabhängig vom jeweiligen Einkommen oder der gebuchten Betreuungszeit.

(Beifall bei der CDU)

Wie lange - ob 25 oder bis zu 45 Stunden - ihre Kinder betreut werden sollen, ist eine Entscheidung der Familien. Das haben wir anzuerkennen.

Meine Damen und Herren, dass die Familien und Alleinerziehenden mehr Geld in ihrem Portemonnaie haben werden, ist ein besonderer Erfolg, der von der CDU-Fraktion erreicht worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir sehen hierin den Einstieg in eine generelle Beitragsfreiheit für Kindergärten, die wir ab dem Jahr 2010 auch umgesetzt sehen wollen. Ich möchte ganz besonders betonen, dass wir bereits im Jahre 2006 einen entsprechenden Vorstoß unternommen hatten, uns damals aber leider nicht durchsetzen konnten. Dennoch haben wir diese Zielsetzung konsequent weiterverfolgt und im Januar im Rat sowie im Jugendhilfeausschuss erneut entsprechende Anträge gestellt.

Sie sind damals - leider! - von SPD, Grünen und Linken abgelehnt worden.

Gerne will ich hier darlegen, dass die Verhandlungsatmosphäre zwischen den drei Fraktionen trotz aller Schwierigkeiten, die Haushaltsverhandlungen in einem solchen Haushaltsbündnis mit sich bringen, um den Haushalt nicht nur verantwortungsvoll zu gestalten, sondern auch die Schwerpunkte der einzelnen Verhandlungspartner erkennbar zu machen, von dem Willen fairer Zusammenarbeit geprägt war. Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Umso mehr - jetzt wird es weniger Beifall geben - waren wir verblüfft und verärgert, dass sich die SPD bereits am Tage nach dem Abschluss der Verhandlungen von ihrer Landtagsabgeordneten, Frau Hack, in einer Presseerklärung dazu gratulieren ließ - man höre und staune -, den wichtigen Beschluss der Halbierung der Kindergartenbeiträge 2008/2009 durchgesetzt zu haben. - In dieser Presseerklärung steht auch, dass Sie, Herr Ott, gesagt haben, dass der beitragsfreie Kindergartenbesuch seit langem Beschlusslage Ihrer Fraktion sei. Da Sie jetzt grinsen, Herr Ott, möchte ich Sie fragen, warum Sie dann im Januar unseren Anträgen im Jugendhilfeausschuss und hier im Rat nicht zugestimmt haben.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Ja!)

Liegt das etwa daran, dass Sie sich nicht trauen, Ihre eigenen Anträge - ich habe diese für vernünftig und richtig gehalten - der Öffentlichkeit vorzustellen? Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nehmen Sie es mir nicht übel, aber besinnen Sie sich doch auf Ihre eigenen Qualitäten. Sie waren doch einmal eine stolze Volkspartei,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

die es nicht nötig hatte, sich der Initiativen der CDU zu bedienen. So fair, wie Sie sich in den Verhandlungen gezeigt haben, sollten Sie sich nun auch beim Haushaltsvollzug zeigen.

Ich möchte an dieser Stelle erwähnen, dass sich bisher schon viele Menschen bei uns nach dem Verfahren für die Beitragsfreistellung erkundigt und uns auch dafür gedankt haben. Es ist daher für uns besonders wichtig - jetzt wende ich mich an die Verwaltung -, dass die Beitragshalbierung zum 1. Januar 2009 reibungslos und unbürokratisch umgesetzt wird, wo immer es geht.

Darüber hinaus ist es uns ein besonderes Anliegen, die Ganztagsoffensive der Landesregierung im Schulbereich zu unterstützen und für die Stadt Köln entsprechende Mittel bereitzustellen, um die Ganztagschulen bedarfsgerecht auszustatten. Ich weiß, dass die anderen Fraktionen nicht nur bei diesem Punkt in die gleiche Richtung denken, und bedanke mich dafür. Ich werde das später auch bei anderen Punkten noch erwähnen.

Der zweite Schwerpunkt, den die CDU-Fraktion setzt, ist der Bereich Jugend- und Sportpolitik. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Wir haben in den Gesprächen über den Doppelhaushalt 2008/2009 vielfältige Maßnahmen einbringen können. Ich möchte exemplarisch einige benennen:

Die CDU-Fraktion hat ein Investitionsvolumen von 4,5 Millionen Euro im Haushalt platzieren können. Diese Mittel dienen dem Abbau des Sanierungsstaus bei den städtischen Sportstätten.

Des Weiteren wollen wir, dass die Schwimmbadbenutzungsgebühr für Kinder und Jugendliche in Vereinen - ich betone: in Vereinen - künftig entfällt. Dies bedeutet für die Stadt Köln zwar einen Einnahmenverlust von etwa 100 000 Euro jährlich, aus unserer Sicht ist das aber zu verantworten, weil es sich dabei um gut angelegtes Geld handelt.

Auch dieser Vorschlag ist deckungsgleich von der SPD vorgetragen worden. Ich bin gerne bereit, das zu erwähnen. Es handelt sich hier um eine gemeinsame Liste, in die natürlich alle Partner ihre eigenen Vorschläge eingebracht haben. Oftmals sind sie gedoppelt worden, manchmal sind sie quasi eingedampft worden, und zum Teil sind sie gemeinsam getragen worden.

Darüber hinaus haben wir erreicht, dass die Jugendbeihilfe um 200 000 Euro erhöht wird. Damit unterstützen wir die Vereine bei ihrer wichtigen Jugendarbeit. Die Aufwendungen für die Jugendbeihilfe haben sich in der Amtszeit unseres Oberbürgermeisters mehr als verdoppelt und werden nun nochmals um 40 Prozent erhöht.

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt hat die CDU-Fraktion im Haushalt ein Volumen von 650 000 Euro jährlich für die Unterstützung des Jugend- und Breitensports eingestellt.

Aber nicht nur die Familien- und Jugendpolitik sind für die CDU-Fraktion ein besonderes Anliegen.

gen, auch der Bereich der Kultur bedarf entsprechender Berücksichtigung.

(Zuruf: Eben!)

(Beifall von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU] - Martin Börschel [SPD]: Jetzt, wo er einer aus den ersten vier Reihen ist! - Heiterkeit)

Hier ist es uns in den gemeinsamen Gesprächen gelungen, den auf die Kultur anfallenden Konsolidierungsanteil von 1,5 Millionen Euro so zu verteilen, dass der Kulturbereich für den Doppelhaushalt dennoch mit einer Aufstockung von 5,5 Millionen Euro rechnen darf. Die Einzelheiten haben die Kulturpolitiker unter sich beschlossen. Wir in den Fraktionen haben dann darüberschaut und den Beschluss gutgeheißen. Die Einzelheiten dazu sind in der letzten Woche auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben worden. Deshalb möchte ich hier nicht erneut darauf eingehen. Wir stehen dazu, dass Köln eine Kulturstadt ist. Wir müssen über das normale Maß hinaus unsere Kultur fördern; denn sie ist ein ganz wichtiger Standortfaktor und für das Lebensgefühl in unserer Stadt von essenzieller Bedeutung.

Auch hier muss ich noch einmal darauf zurückkommen, was ich eben gesagt habe, nämlich dass sich die SPD der Vorschläge anderer Parteien bedient, in diesem Fall jener Vorschläge der FDP. Die SPD hat das Thema Museumstag in die Presse gebracht, wobei die Resonanz - das muss ich wirklich sagen - verblüffend abwaschend war. Das war nicht so, weil die Idee schlecht ist, den Bürgerinnen und Bürgern einen Tag lang den kostenlosen Zugang zu den Museen zu ermöglichen, sondern weil die geplante Umsetzung einer Großstadt wie Köln einfach nicht würdig ist.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Denn eine solche Idee umsetzen zu wollen und das Umland dabei außen vor zu lassen, ist ein Zeichen von Kleinkariertheit und Kleinstaaterei. Im Rahmen regionaler Zusammenarbeit ist das nicht zeitgemäß.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Ich muss hier den lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD erneut sagen: Erst wurde die Idee von der FDP geklaut und dann auch noch stümperhaft bearbeitet; das ist nicht besonders gut.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Wir von der CDU unterstützen einen solchen Museumstag grundsätzlich. Deswegen haben wir dem in den Verhandlungen auch zugestimmt. Er firmiert übrigens unter der semantischen Überschrift „Flexibilisierung der Öffnungszeiten“; das vermutet ein Bürger sicherlich nicht hinter der Überschrift. Wir hingegen wussten natürlich schon, was sich dahinter verbirgt. Es kann nicht sein, dass wir die Umlandgemeinden außen vor lassen. Die CDU-Fraktion lehnt es ab, mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Nachbarkommunen und -kreise in dieser Art und Weise umzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem uns diesbezüglich heftige Kritik aus den Landkreisen entgegenschallte, habe ich den Landräten in einem Brief zugesagt, dass wir alles daran setzen werden, Mehrheiten dafür zu gewinnen, dass eine Ausgrenzung und finanzielle Belastung der Umlandkommunen unterbleibt.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der SPD, Ihren Vorschlag noch einmal zu überdenken. Sie können diesen Vorschlag ziemlich einfach wieder zurücknehmen, und dann verstehen wir uns mit unseren Freunden aus dem Umland wieder wirklich gut.

(Jochen Ott [SPD]: Wir verstehen uns bestens!)

Meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt 2008/2009, der nach den Grundsätzen des NKF aufgestellt wurde, birgt die Chance einer langfristigen städtebaulichen Perspektive. Wir wollen Projekte und Visionen in Angriff nehmen und diese anders als in der Kameralistik abbilden. Die CDU-Fraktion hat folgende Vorhaben im Blick:

Hervorheben möchte ich die Entwicklung des Breslauer Platzes, der aus CDU-Sicht besonders bedeutsam ist. Der Musicaldome wird, wie wir alle wissen, als Ersatzspielort für die Oper nicht infrage kommen und wahrscheinlich 2010/2011 verschwunden sein. Der Breslauer Platz bedarf dann einer ansprechenden Entwicklung mit einer unmittelbaren Anbindung an das Rheinufer. Da SPD und Grüne sich mittlerweile besonnen haben, das heißt von ihren eigenen Beschlüssen abgehen - das finde ich sehr gut - und den früheren Planungen der CDU zustimmen, wird der Musicaldome als Spielstätte auch weiterhin an

der jetzigen Stelle stehen können, was eine Musical-freie Zeit in Köln verhindert.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass auch die Querung der Nord-Süd Stadtbahn an der Rheinuferstraße nun offensichtlich auf dem richtigen Weg ist, da ein von Rot-Grün angefordertes Gutachten zu dem Ergebnis kommt, dass ein Tunnel die beste Lösung ist. Meine Damen und Herren links von mir: Ihnen sei dafür herzlicher Dank. Doch die Zeit und das Geld hätten wir uns sparen können, wenn Sie sich frühzeitig auf die Fachleute in der CDU verlassen hätten, die von Anfang an eine Tunnellösung als die bestgeeignete und langfristige tragfähigste Lösung für die Stadt Köln angesehen haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Dennoch ist es gut - da spreche ich auch im Namen meiner Fraktion -, dass man, wenn man sich auf einem falschen Weg befunden hat, wieder auf den richtigen zurückkehrt.

Dass die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt und die Entwicklung des Deutzer Hafens auch weiterhin auf unserer Agenda stehen, bedarf keiner weiteren Erwähnung.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend noch einmal zusammenfassend sagen: Die CDU-Fraktion ist mit den Inhalten des nun vorliegenden Haushaltes sehr zufrieden. Neben den Schwerpunkten unseres Oberbürgermeisters Fritz Schramma sind viele Wünsche und Ziele der CDU-Fraktion eingeflossen, die insbesondere die wichtigen Bereiche Jugend und Familie betreffen.

Wir gehen davon aus, dass sich die konjunkturelle Lage auch weiterhin so positiv darstellen wird und die Stadt Köln auch künftig mit entsprechenden Steuereinnahmen rechnen darf. Wir haben uns sehr gefreut, dass die derzeitige Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen schon jetzt zeigt, dass über 1 Milliarde Euro erreicht werden wird. Das lässt mich, was unsere Haushaltslage angeht, einigermaßen zuversichtlich in die Zukunft schauen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein Wort zur Pferderennbahn sagen. Ich denke, das haben Sie erwartet. Noch vor weniger als vier Jahren waren alle demokratischen Fraktionen im Kölner Stadtrat einhellig der Meinung, dass der Kölner Rennverein 1897 e.V. durch konkret aufgeführte, unterstützende Maßnahmen in die La-

ge versetzt werden soll, sich selbst aus der bestehenden Finanzmisere zu befreien. Nachdem Rot-Grün in der Zwischenzeit alle Lösungsansätze blockiert hat und sich der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen am 9. Juni 2008, also vor knapp einem Monat,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die sind total einflussreich!)

zudem gegen eine Bebauung an der Niehler Straße ausgesprochen hat, wollen die beiden Fraktionen nun von der damaligen Beschlusslage nichts mehr wissen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sieh mal, wie bedeutend die sind!)

Stattdessen soll der Steuerzahler mit einem Grundstückskauf und den daraus folgenden Maßnahmen belastet werden, die eine entsprechende Refinanzierungsmöglichkeit für die Stadt nicht vorsehen. Diese Politik, meine Damen und Herren, stellt für mich keinen seriösen Umgang mit Steuergeldern dar. Deshalb werden wir uns daran nicht beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hat sich ebenso wie die anderen Fraktionen des Etatbündnisses als verhandlungsverlässlicher Partner gezeigt und wird das auch in Zukunft sein. Im Gegensatz zu den Kollegen von der SPD haben wir keine Einzelanträge in die Öffentlichkeit gebracht - die Grünen übrigens auch nicht - und werden das auch in Zukunft nicht tun. Unser Politikstil ist ein anderer. Ich vertraue darauf, dass wir mit SPD und Grünen einen gemeinsamen Haushaltsvollzug erreichen und dieses Bündnis nicht schon scheitert, bevor die Haushaltssatzung in Kraft tritt. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Granitzka. Für die SPD-Fraktion spricht Herr Börschel, bitte schön.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute in einem Jahr wird die Kommunalwahl 2009 stattgefunden haben. Ihr werden einige Monate intensiven Wahlkampfes vorausgehen, vor allem auch deshalb, weil Ihr Amt, Herr Schramma, nach neun Jahren neu vergeben werden muss. Vor diesem Hintergrund

war es eine wichtige Aufgabe dieses Rates, jetzt die Handlungsfähigkeit der Stadt für dieses und das nächste Jahr sicherzustellen. Haushaltsdiskussionen und Entscheidungen mitten in der heißen Phase eines Wahlkampfes scheinen zwar zur Profilierung geeignet, aber, ehrlich gesagt, wer auf diese Art der Profilierung angewiesen ist, hat während der übrigen viereinhalb Jahre meist nicht viel zur Ratspolitik beizutragen.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch ist es nicht selbstverständlich, dass eine breite Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und CDU sich für den Doppelhaushalt entschieden hat und diesen heute gemeinsam verabschiedet wird. Wir haben in der SPD-Fraktion und auch im Kernbündnis mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diese Entscheidung sehr bewusst getroffen. Wir haben durchaus eigennützig darauf verzichtet, diese von der schwarz-gelben Landesregierung verursachte Kollision von Wahlkampf und Haushaltsberatungen für einen zuspitzenden Lagerwahlkampf zu nutzen. Ein solcher Missbrauch von Haushaltsplanberatungen dient der Stadt nicht, erst recht nicht den Menschen, die hier leben und arbeiten. Warum sollten die Kölnerinnen und Kölner jemanden von uns wählen, wenn wir ganz offensichtlich gegen ihre Interessen verstoßen?

Deswegen bedauere ich sehr, dass die FDP sich anders als in vergangenen Jahren dieser gemeinsamen Verantwortung für Stadt und Stadtetat mit einer fadenscheinigen Begründung entzogen hat. Die FDP-Fraktion hat in den letzten Monaten mehrere sehr kostspielige Ratsanträge vorgelegt. Ich erinnere an das Tonnendach für die Flora, die kulturelle Nutzung im Neubau Haus Kutz oder die Unterbringung des historischen Archivs am Gereonshof. Hätte sich die FDP-Fraktion an den Beratungen und der Verabschiedung dieses Doppelhaushaltes beteiligt, hätten wir und damit auch die Bürgerinnen und Bürger vielleicht erfahren, wie sich die FDP die Finanzierung ihrer Projektideen vorstellt. So bleibt nur die Feststellung, dass sich die FDP sang- und klanglos aus der kommunalpolitischen Verantwortung verabschiedet hat. Da hilft es, lieber Herr Kollege Sterck, auch nicht weiter, wenn man am Ende als OB-Kandidat im Container sitzt und die nächsten stadtpolitischen Luftballons aufbläst. Ich finde das sehr bedauerlich; das will ich ganz ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der SPD sowie von Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen))

Meine Damen und Herren, jenseits des politischen Tagesgeschäfts spiegelt der Haushalt einer Stadt immer in besonderem Maße wider, mit welchem Verantwortungsbewusstsein, mit welcher Sorgfalt und mit welcher politischen Beharrlichkeit und Nachhaltigkeit sich zuerst die Stadtspitze aus Oberbürgermeister und Kämmerer ihrem Etatentwurf widmet und wie eine Ratsmehrheit schlussendlich hier und heute ihren eigenen Etatbeschluss fasst. Bei diesen - ich verwende jetzt einmal den Jargon der Landesregierung - „Kopfnoten“ hat sich die Stadtspitze wieder einmal ein „Mangelhaft“ eingefangen. Auf den fehlenden Deckungsvorschlag für das Defizit im Etatteil 2009 möchte ich gar nicht weiter eingehen,

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

sondern an zwei kleinen Beispielen aufzeigen, wie wenig ernst die noch amtierende Stadtspitze sogar stadtpolitische Spitzenthemen nimmt. Jeder mag selbst überlegen, was das für das eine oder andere weniger prominente Thema bedeutet.

Beispiel eins ist der Masterplan für die Innenstadt. Der wurde vielfach diskutiert, von einer breiten Mehrheit hier im Rat begrüßt und von der Industrie- und Handelskammer beauftragt und bezahlt. Da hätte es sich doch - ich denke, die meisten werden mir da zustimmen - gut gemacht, wenn die Stadtspitze als Signal für ernst gemeinte Beteiligung am Projekt einige Euro für die Umsetzung von Vorschlägen in den Haushaltsentwurf eingestellt hätte. Fehlanzeige! Rot-Grün hat das dann während der Etatberatungen machen müssen.

Beispiel zwei ist das Haus der Kulturen der Welt in Köln. Der Oberbürgermeister lässt keine Gelegenheit aus, sich mit diesem absolut sinnvollen Projekt zu schmücken und zu dokumentieren, dass er - das wollen wir auch nicht bestreiten - sich schon lange und intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Geld dafür hat er aber nicht eingestellt, und das vor dem Hintergrund, dass das Haus der Kulturen der Welt in Köln zeitgleich mit der Eröffnung des Kulturzentrums am Neumarkt 2009 eröffnet werden soll, möge uns einmal jemand erklären. Darum hat das wiederum Rot-Grün in den Haushaltsentwurf eingebracht. Das legt eines unserer Kölner Probleme offen: Wir haben nämlich ein Umsetzungsdefizit an der Spitze unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass der offenkundig nachlässige Umgang des Oberbürgermeisters mit wichtigen Arbeitsfeldern und Themen der Stadtpolitik zu der Entwicklung beigetragen hat, die wir seit geraumer Zeit beobachten können.

Die SPD-Fraktion ist zwar - ein Blick in diesen Rat zeigt das - nur die zweitstärkste Fraktion, und auch das Kernbündnis gemeinsam mit den Grünen hat keine Mehrheit im Kölner Rat. Dennoch ist sowohl die Sozialdemokratie und dann in der Folge hier im Rat auch das Kernbündnis gefühlt und real heute die politisch führende Kraft und führende Konstellation in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Warum ist das so? Besser noch: Warum ist das auch gut so? Dazu einige Bemerkungen:

Zum Ersten beruht diese Führungsrolle auf sehr viel Arbeit. Wer keine Mehrheiten hat, muss sie herstellen. Das ist eine der grundlegenden Aufträge der Demokratie. Wenn die einen sich aus der Verantwortung zurückziehen und die anderen politisch kaum handlungsfähig und tief zerstritten sind, dann muss man eben manchmal mit den Dritten um den richtigen Weg ringen und Mehrheiten herstellen.

Zum Zweiten. Wenn sich eine Partei als Großstadtpartei versteht, muss sie einen Plan für das Zusammenleben jetzt und für die Zukunft unseres Gemeinwesens vorweisen können. Die Menschen wollen wissen, woran sie mit dieser Partei und ihrem Führungsanspruch sind. Hierzu zitiere ich den CDU-Ministerpräsidenten Christian Wulff:

Das freie Spiel der Kräfte, das ist Kapitalismus. Das ist nicht die Welt der Sozialen Marktwirtschaft.

Natürlich hätte ich an dieser Stelle lieber unseren NRW-Ministerpräsidenten zitiert, aber der glaubt in diesen Fragen noch an den Weihnachtsmann. Interessanterweise haben also, ob es uns gefällt oder nicht, Christian Wulff und die Kölner SPD etwas gemeinsam, und zwar jeweils eine klare Vorstellung vom politischen Handeln für das jeweilige Gemeinwesen. Ob das jeweils die gleiche ist, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Aber eine klare Vorstellung ist beiden gegeben.

Wir setzen unsere Vorstellungen, unsere Idee, unseren politischen Plan dem freien Spiel der Kräfte entgegen; denn die historische Erfahrung hat uns gelehrt, dass aus dem freien Spiel der Kräfte schnell die rücksichtslose Herrschaft des

Stärkeren wird. Nichts anderes ist es nämlich, wenn ein gut verdienender Konzern nur um des noch höheren Gewinns willen Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit treibt. Natürlich stehen deshalb die Themen Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Arbeitslosigkeit an erster Stelle, wenn es darum geht, einen umfassenden und nachhaltigen Entwurf für das Zusammenleben in einer Großstadt zu machen und in konsequente Stadtpolitik umzusetzen.

Natürlich fordern diese Themen ethisch-moralische Positionen; wenn Sie so wollen, Gebote der Stadtpolitik. Dazu nur ein Beispiel samt politischer Konsequenz: Lasse nicht zu, dass aus wirtschaftlicher Benachteiligung soziale Ächtung erwächst. Unser Lösungsansatz: Das Köln-Pass-System als Hilfe für Menschen, die am unteren Ende der Einkommensskala die Existenz für sich und ihre Familien sichern müssen. Das ist praktische Kommunalpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kölner SPD hat einen Plan für gesellschaftspolitisches Handeln. Deswegen wird es am Ende auch niemanden wirklich wundern, dass uns Sozialdemokraten, auf Grundlage des letzten Kommunalwahlergebnisses eher überraschend, die Rolle der politischen Führung in dieser Stadt zugewachsen ist. Allerdings liegt Köln nicht unter einer Käseglocke, sondern ist auf ein konstruktives Zusammenwirken mit den anderen staatlichen Ebenen zwingend angewiesen, allen voran mit dem Land, das in besonderem Maße die Rahmenbedingungen kommunalpolitischer Handlungsfreiheit bestimmt.

Umso wichtiger ist eine planvolle Lobbyarbeit für Köln in Düsseldorf. Hier sehen wir insbesondere den Oberbürgermeister in der Pflicht, aber natürlich auch die neun Kölner Landtagsabgeordneten. Drei von ihnen sind in der Koalition, sechs in der Opposition. Die drei Kölner CDU-Landtagsabgeordneten hätten daher als Koalitionäre eine gewisse Bringschuld; denn deren Draht zur Regierung müsste ja - so sollte man unterstellen - besser sein als der der Oppositionsabgeordneten. Tatsache ist aber leider, dass zwar die Büros der Herren Hollstein, Möbius und Knieps unmittelbar neben dem von Verkehrsminister Oliver Wittke liegen, dessen Verkaufspläne für die Landesanteile an unserem Kölner Flughafen kannten die drei aber nicht und beeinflussen konnten sie diese erst recht nicht. Nur als Merkposten: Der eine ist CDU-Parteivorsitzender, der andere sein Stellvertreter und der Dritte Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Land-

tags. Aber eines ist natürlich klar: Wer 1 000 Termine im Jahr hat, kann sich um die wichtigen Dinge nicht wirklich kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund wundert es auch nicht wirklich, dass die Landesregierung ohne Widerspruch der Landes-CDU die Änderung der Gemeindeordnung beschließen konnte, die die kommunalen Stadtwerke massiv beeinträchtigt. Erst kürzlich war nachzulesen, welche Lasten der Stadtwerke-Konzern für diese Stadt stemmt. Diese Wirtschaftskraft zu beschneiden, ist ein wirklich besonders ignorant Stück aus dem Ideologietollhaus der schwarz-gelben Landesregierung.

(Jochen Ott [SPD]: Sehr richtig!)

Es ist wirklich unglaublich, wie sich dort die CDU von der FDP am Nasenring umherführen lässt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Man musste bisher jede - ich sage ausdrücklich: jede - NRW-Landesregierung zu kommunalfreundlichem Handeln anhalten, mit mehr oder mit weniger Erfolg. Aber was diese Regierung treibt, schlägt dem Fass den Boden aus. Die direkten und indirekten, teilweise rechtswidrigen Belastungen für den Haushalt der Stadt Köln durch Maßnahmen des Landes betragen mittlerweile sage und schreibe 100 Millionen Euro pro Jahr. Jedes Jahr 100 Millionen Euro Belastungen für den Stadtetat unserer Stadt Köln durch Maßnahmen der Landesregierung! Es dürfte niemandem hier schwer fallen, zu sagen, welche Stärken Kölns wir mit dieser Summe noch weiter stärken könnten. Es ist wirklich ein Skandal, wie diese schwarz-gelbe Landesregierung seit nunmehr drei Jahren mit den Kommunen und mit Köln umgeht.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsplan einer Stadt ist das Finanzwerk zur planvollen Stadtpolitik. Hier findet sich mit Geld das belegt, was der politischen Führung wichtig ist oder eben auch nicht, nämlich dann, wenn die Stadtspitze nichts mit politischer Führung zu tun hat. Unsere sozialdemokratischen Vorstellungen sind auf zwei Wegen im Etat dieser Stadt verankert worden. Das geschah zum einen über die Entwürfe unserer drei Spitzenbeamten, die gleichzeitig, sozusagen personifiziert, auch unsere Schwerpunkte verkörpern, zum anderen über die

Veränderungen, die wir während der Haushaltsplanberatungen vorgenommen haben.

Insgesamt führen die Veränderungsvorschläge in 2008 zu Ausgaben von rund 16,7 Millionen Euro; davon sind etwa 13,5 Millionen Euro Investitionen in die Substanzerhaltung und Verbesserung der kommunalen Infrastruktur vorgesehen. In 2009 werden knapp 30 Millionen Euro investiert, bei Gesamtveränderungen von etwas über 43 Millionen Euro. Dabei ist es uns gelungen, deutlich und nachhaltig auch in die sozialdemokratischen Schwerpunktbereiche Jugend, Schule, Sport, Wirtschaft und Bürgerservice zu investieren.

Von den gerade genannten zusätzlichen Ausgaben im Jahr 2009 werden rund 7 Millionen Euro in den Jugendbereich und weitere 7,6 Millionen Euro in den Schulbereich investiert. Wir haben beispielsweise dafür gesorgt, dass die Übermittagbetreuung an weiterführenden Schulen ausgebaut wird, indem wir zusätzlich 10 Millionen Euro für den Ausbau von Schulmensen und weitere 1,5 Millionen Euro für die pädagogische Übermittagbetreuung in der Sekundarstufe I zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist aller Ehren wert. Verbessert wird außerdem die bauliche und inhaltliche Qualität in der Offenen Ganztagschule durch die Erhöhung des kommunalen Zuschusses um knapp 3 000 Euro pro OGTS-Gruppe. Schließlich stärken wir die Schulsozialarbeit nachhaltig mit zusätzlichen 750 000 Euro für elf neue Stellen an den weiterführenden Schulen.

Uns ist gemeinsam - das betone ich hier - eine gute Lösung eingefallen für die Eltern und deren Kinder in den Kindertagesstätten. Für das dritte Kindergartenjahr fallen auf Basis der bisher sozial gestaffelten Beitragstabelle nur noch die Hälfte der Kosten an, wenn auch die ersten beiden Kindergartenjahre gebucht waren. Dies ist auf der einen Seite ein Anreiz für einen möglichst langen Kindergartenbesuch. Auf der anderen Seite setzen wir damit gemeinsam das Signal, dass die Bildungskette schon deutlich vor der Grundschule beginnt. Eine wirkliche Beitragsfreiheit, die wir uns alle wünschen - Kollege Jochen Ott hat auf die Beschlusslage der Sozialdemokratie hingewiesen -, wie in Rheinland-Pfalz oder Berlin kann aber nur mit Landeshilfe realisiert werden.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Jochen Ott [SPD]: Sehr richtig!)

Hier steht also die Landesregierung in der Pflicht. Sie sollte endlich handeln, statt weiter zu lamentieren.

Auch wenn Sie, lieber Kollege Granitzka, heute Geburtstag haben und ich mich deshalb mit Unfreundlichkeiten sehr zurückhalten will - das möchte ich hier konzedieren -, möchte ich auf Ihren Beitrag doch eingehen, weil er zur Wahrfähigkeit nicht wirklich beigetragen hat. Sie wissen ganz genau - das werden Sie auch nicht ernsthaft bestreiten wollen -, dass der Vorschlag, der jetzt in den Haushaltsplan aufgenommen worden ist, nämlich die Halbierung der Beiträge auf Basis der bisher sozial gestaffelten Beiträge, von SPD und Grünen eingebracht worden ist. Ich räume allerdings gerne ein - dazu hatten wir hier eine Ratsdebatte; es kann also jeder nachlesen -,

(Winrich Granitzka [CDU]: Da bin ich aber sehr verblüfft!)

dass die Grundlage dafür die ursprüngliche Forderung der CDU, eine komplette Beitragsfreiheit mit kommunalen Mitteln herzustellen, war. Das kann jedoch - darüber hatten wir uns in einer Ratsdebatte vor einigen Monaten ausgetauscht - von der Kommune nicht gestemmt werden, und das soll und darf auch nicht von der Kommune gestemmt werden; denn das ist - da waren wir in unseren Haushaltsgesprächen einer Meinung - Aufgabe der Landesregierung und des Landes. Diese müssen wir jetzt gemeinsam in die Pflicht nehmen. Aber der Vorschlag - lieber Kollege Granitzka, das werden Sie auch nicht anders behaupten wollen -, so wie er jetzt drinsteht, ist der Kompromissvorschlag, den SPD und Grüne formuliert haben.

(Beifall bei der SPD - Andreas Köhler [CDU]: Abenteuerlich!)

Während andere über den Bau von kinderfreundlichen Spiel- und Freizeitflächen reden, handeln wir. Über die im Bürgerhaushalt bereitgestellten Mittel hinaus investieren wir in den nächsten Jahren 1,5 Millionen Euro in die Neuanlage und Sanierung von Spielplätzen für unseren Nachwuchs. Weitere 300 000 Euro werden in den Erhalt und Ausbau von Sport- und Skateranlagen investiert. Damit zudem Jugendeinrichtungen baulich saniert und qualifizierte Angebote ausgebaut werden können, haben wir 500 000 Euro für Bauunterhaltung und

450 000 Euro für attraktive Angebote in den Etat eingestellt. Mit den zusätzlichen Mitteln investieren wir in die soziale Zukunft Kölns. Der Doppelhaushalt bietet Planungssicherheit und verbesserte Rahmenbedingungen auch und gerade für die freien Träger.

Im Bereich Wirtschaft setzen wir auf verstärktes Standortmarketing. Dazu zählen die Entwicklung eines Außenwirtschaftskonzepts, Präsentationsveranstaltungen in anderen Staaten, Firmenbesuche in Indien, Marketingaktivitäten - das ist uns besonders wichtig - in ausgewählten Zielstädten der Billigflieger, die vom Flughafen KölnBonn starten, auch Journalistenreisen - wir sind gespannt, wie viele daran teilnehmen - sowie ein deutsch-brasilianischer Wirtschaftsgipfel. Im Jahr 2008 werden wir dafür 250 000 Euro und im Jahr 2009 sogar 500 000 Euro zusätzlich bereitstellen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist aber ohne Beschäftigungsförderung nicht vorstellbar. Deshalb haben wir für die Jahre 2008 und 2009 insgesamt 4,5 Millionen Euro für ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude mit dem Arbeitstitel „Win-Win für Köln“ eingestellt.

In Köln ist immer noch eine viel zu große Anzahl Jugendlicher arbeitslos gemeldet, darunter ein hoher Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Wir wollen, dass die Stadt Köln mit diesem Programm über die bisherigen Anstrengungen hinaus eine aktive Rolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übernimmt. Von dem Programm - ich will das noch erläutern - „Win-Win für Köln“ profitieren gleich mehrere Bevölkerungsgruppen: Es gewinnen Jugendliche, Erwachsene bis 25 Jahre sowie, in etwas geringerem Maße, auch ältere Langzeitarbeitslose über 50 Jahre, indem sie so stabilisiert und qualifiziert werden, dass sie anschließend Arbeit auf dem ungeforderten Arbeitsmarkt finden oder eine Ausbildung beginnen können. Darüber hinaus erreichen wir für städtische Gebäude, die sonst voraussichtlich überhaupt nicht oder erst zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt renoviert würden, eine wesentliche Wertsteigerung. Weitere positive Nebeneffekte sind die Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie die Ausbildung von Fachkräften. Es ist also wahrhaftig ein Win-Win-Programm für Köln und seine Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Die Stadt Köln kann für dieses Programm die Struktur und die Erfahrung der Stadtverschönerungsträger nutzen, die seit über 20 Jahren Jugendliche und junge Erwachsene so fördern und qualifizieren, dass der überwiegende Teil von ihnen anschließend eine berufliche Perspektive verfolgen kann. Die über die Jahre hinweg von der Abteilung Arbeitsmarktförderung im Amt für Wirtschaftsförderung aufgebauten und bewährten Strukturen bieten hierfür eine solide Grundlage. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Kombination von Qualifizierung in den Bereichen Fachtheorie, soziale und die Persönlichkeit stabilisierende Kompetenzen sowie Qualifizierung der Beschäftigten zu guten Übergangserfolgen führt. Wesentliches Element hierbei ist die Tatsache, nicht an Übungsbaustellen zu arbeiten, sondern im echten Leben. Damit ist die Sinnhaftigkeit des Einsatzes offensichtlich.

Meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, es ist schlicht nicht hinnehmbar, dass es heute immer noch städtische Gebäude gibt, die nur eine Einfachverglasung oder völlig veraltete Heizungsanlagen haben.

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Wer hat denn die Schulen verkommen lassen?)

Da rücken wir privaten Hausbesitzern mit ganz anderen Forderungen zu Leibe. Für den Zeitraum von 2008 bis 2020 hat die Gebäudewirtschaft einen Instandhaltungsbedarf von insgesamt rund 1,134 Milliarden Euro ermittelt. Um den Wert des städtischen Immobilienvermögens zu erhalten und die gestiegenen Anforderungen in den Bereichen Brandschutz, barrierefreies Bauen und energetische Gebäudeoptimierung erfüllen zu können, muss das jährliche Bauunterhaltungsbudget deutlich erhöht werden. Wir stellen deshalb dem Sondervermögen der Gebäudewirtschaft zusätzlich in 2008 rund 5 Millionen Euro und in 2009 10 Millionen Euro in Form einer Reduzierung der jährlichen Abführung an den Haushalt zur Verfügung. Diese Finanzspritze eröffnet natürlich auch dem Kölner Handwerk Chancen, die das allerdings - das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich - dann aber auch nutzen muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich werden wir deutlich und nachhaltig in die sozialdemokratischen Schwerpunktbereiche Jugend, Schule, Familie und Sport investieren. Auch im Sportbereich setzt unser Doppelhaushalt klare Prioritäten. Wir stärken den Kinder- und Jugendsport mit der Rücknahme der Schwimmgebühr für den Rest dieses Jahres und

komplett für 2009; das kostet etwa 100 000 Euro. Zum einen ist das die logische Konsequenz aus unserem Projekt „Schwimmen macht Schule“, ob wir es nun noch so nennen dürfen oder nicht. Zum anderen ist damit endlich eine langjährige Forderung der Sozialdemokratie erfüllt. Ich erinnere daran, dass sich die CDU unter ihrem Parteivorsitzenden Reinarz im ersten Jahr der Großen Koalition noch beharrlich geweigert hat,

(Jochen Ott [SPD]: Sehr richtig!)

die Schwimmgebühren für Kinder und Jugendliche und damit für alle so weit zurückzunehmen, wie es dem Ursprungsstand entsprach. Endlich haben wir diesen wieder erreicht, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Wir stärken den Vereins- und Breitensport mit spezieller Förderung von Kindern und Jugendlichen durch die Erhöhung der Jugendbeihilfe mit etwa 200 000 Euro. Wir verbessern die Sportinfrastruktur, unter anderem im Bereich der Sportstättenpflege. Wir investieren rund 250 000 Euro in städtische Sportstätten. Dieses Geld kommt direkt bei den Vereinen an, damit diese ihre Kosten für eigenbewirtschaftete Anlagen besser schultern können. Wir sorgen für mehr Hallenwarte und Schließdienste, wenn das von uns bereits durchgesetzte System mit einem Hallenwart für zwei Hallen nicht ausreicht. Ein Erfahrungsbericht wird die Situation aufzeigen. Wir sind aber auf jeden Fall handlungsfähig, falls wir Personal zusetzen müssen. Insgesamt investieren wir rund 6,7 Millionen Euro in den Kölner Vereins- und Breitensport. Dies ist auch eine Investition in die soziale Zukunft Kölns. Der Doppelhaushalt bietet auch da Planungssicherheit für zwei Jahre und schafft somit auch verbesserte Rahmenbedingungen für die Kölner Sportvereine.

Durchaus stolz können wir auf das sein, was wir gemeinsam im kulturellen Bereich durchgesetzt haben; Kollege Granitzka hat gerade schon auf das Verfahren in der Erarbeitung der kulturpolitischen Vorschläge hingewiesen. Entgegen dem bundesweiten Spartrend wächst der Kölner Kulturetat um 12,5 Millionen Euro in den Jahren 2008 und 2009. Damit erreichen wir sowohl bei den institutionellen Kultureinrichtungen als auch mit besonderem Schwerpunkt bei der freien Kulturszene substanzielle Verbesserungen und eine nachhaltige Stabilisierung der Kulturarbeit und des kulturellen Angebots in Köln.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Hat aber lange gedauert!)

Das Ganze wird allerdings nicht mit der Gießkanne ausgeschüttet, wie Sie, Herr Kollege Lemper, es gelegentlich gerne hätten, sondern folgt streng dem Grundsatz „Idee vor Budget“.

(Beifall bei der SPD)

Den Grundsatz „Idee vor Budget“ wollen wir auch auf den leider viel zu langwierig erarbeiteten Kulturentwicklungsplan anwenden und ihm damit die Grundlage bieten.

Meine Damen und Herren, Problemfälle in einer Großstadt sind nicht selten Problemfälle im Gesundheitsbereich. Wir werden unsere Arbeit bei der Bekämpfung von Alkohol- und Drogensucht konsequent fortsetzen. Bereits im Haushalt 2007 haben wir die notwendigen Mittel für zwei rechtsrheinische Beratungsstellen für Alkohol- und Medikamentenabhängige bereitgestellt. Im Doppelhaushalt haben wir nun auch die Einrichtung einer Stelle zur aufsuchenden Sozialarbeit im Rahmen der Suchthilfe gegen Alkohol durchsetzen können.

Wichtige präventive Arbeit findet auch im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie statt. Hier konnten wir durch zusätzliche Mittel in die Personalausstattung die Arbeit weiter stärken.

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Bereich Gesundheit ist die Gesundheitsförderung im Alter. Dieses Thema werden wir angesichts unserer immer älter werdenden Gesellschaft - Gott lob! - in den nächsten Jahren sicherlich noch intensiver in den Blick nehmen müssen.

Intensiv befassen wir uns auch mit den Themen Umwelt und Klimaschutz. Nachhaltige Umweltarbeit fängt bei den Jüngsten an. Deshalb ist für uns im Kernbündnis der Bereich Umweltbildung von ganz wesentlicher Bedeutung. Wir sorgen dafür, dass die erfolgreiche Arbeit der Abfallberatung an den Kölner Schulen gestärkt wird, eine Arbeit, deren Erfolg für uns alle zu spüren sein wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Schwerpunkt im Bereich Verkehr ist, neben Investitionen in die Infrastruktur, das Thema Barrierefreiheit. Dazu werden wir ein Sonderprogramm initiieren, das nicht nur Verbesserungen im Straßenraum, sondern beispielsweise auch in öffentlichen Gebäuden zum Ziel hat. Entwürfe für behindertengerechte Straßengestaltung sollen mit den Behindertenverbänden erarbeitet werden. Noch für dieses Jahr haben wir dafür 250 000 Euro ein-

geplant, im nächsten Jahr sieht der Haushalt 750 000 Euro dafür vor. Für die Haushalte ab 2010 stehen selbstverständlich weitere Mittel bereits auf der Agenda.

Ich habe eingangs schon den Masterplan für den wichtigen Bereich der Stadtentwicklung angesprochen. Im Herbst 2008 wird der Masterplan Köln vorgelegt, und er soll - das haben wir uns fest vorgenommen - kein Papiertiger bleiben. Wir wollen, dass diesem Plan schnell auch Taten folgen. Deshalb hat die SPD-Fraktion 2 Millionen Euro für die Vorbereitung erster Maßnahmen für den Masterplan Innenstadt in den Etat eingebracht. Welche Projekte mit diesem Geld umgesetzt werden, wird nach der Vorlage des Masterplans entschieden. Der Masterplan passt im Übrigen perfekt zu unserer Grundauffassung, dass der Stadt Köln bei der Entwicklung ihrer eigenen Grundstücke eine besondere Verantwortung zukommt.

In Sachen städtebaulicher Qualität müssen wir als Beispiel vorangehen. Deswegen werden im Doppelhaushalt insgesamt 75 000 Euro zur Verfügung gestellt, um insbesondere bei der Entwicklung städtischer Grundstücke Mehrfachbeauftragungen und kleinere Wettbewerbe durchführen zu können, was uns ein ganz besonderes Anliegen war, das wir im Haushalt nun wiederfinden.

Ebenso dringend muss eine Großstadt nachhaltiges Flächenmanagement und effektives Flächenrecycling betreiben. Es gilt, mögliche Flächenpotenziale, auch von ehemals gewerblich oder militärisch genutzten Flächen, schnellstmöglich zu erfassen und im Rahmen einer strategischen Flächenplanung neuen Nutzungen zuzuführen. Die SPD-Fraktion hat deshalb darauf gedrungen und auch erreicht, dass die notwendigen Finanzmittel zur Erstellung eines Altstandortkatasters bereitgestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte abschließend ein Thema hervorheben, dem die Kölner SPD ganz besondere Bedeutung zumisst, nämlich die Beteiligung möglichst vieler Kölnerinnen und Kölner an den politischen Prozessen in dieser Stadt. Beteiligung oder - auf modern Deutsch - Participation ist ganz sicher kein Allheilmittel gegen Staats- oder Politikverdrossenheit, aber ein wichtiger Hauptschlüssel, mit dem wir Interesse und Zustimmung der Menschen für unser Gemeinwesen erschließen können. Der Bürgerhaushalt, der als erstes deutsches Projekt überhaupt von den Vereinten Nationen ausgezeichnet worden ist, hat mit seinen gut zugänglichen, sehr einladenden und klar strukturierten

Verfahren ganz schnell dafür gesorgt, dass sich sehr viele Menschen in dieser Stadt intensiv mit ihrer Stadt beschäftigt haben. Das ist Beteiligung auf einem schon sehr ordentlichen Niveau. Dieses Niveau sollte uns auch weiter Maßstab sein.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass wir hier nicht über Billigverfahren reden können. Mehr Partizipation und Qualität im Städtebau haben wir deshalb auch mit zusätzlichem Geld im Doppelhaushalt verankert. Zusätzlich zu den beim Stadtplanungsamt bereits vorhandenen Mitteln für Bürgerbeteiligungen stehen nun weitere 90 000 Euro für jeden Stadtbezirk - jeder Stadtbezirk kann sich aus diesem Topf bedienen - zur Verfügung. Mit diesem Geld können die Bezirksvertretungen in eigener Regie vertiefte Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Projekten durchführen, die für den Bezirk eine besondere städtebauliche Bedeutung oder eine besondere Brisanz haben. Durch mehr Beteiligung können wir die Menschen in den Bezirken direkter ansprechen und sie in die städtebaulichen Planungen ihres Quartiers einbeziehen.

Durch mehr Bürgerservice - ein Projekt, dem sich der Herr Stadtdirektor ganz besonders widmet - können wir die Dienstleistungen der Stadt schneller, direkter und komfortabler bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei den hiesigen Unternehmen und bei allen, die sich, wo auch immer auf der Welt, für den Standort Köln im Herzen des alten Europas interessieren, abliefern.

Die strukturierte und nachhaltige Beteiligung der Kölner Stadtgesellschaft an politischen Prozessen, die serviceorientierten, stadintern und international ausgerichteten Dienstleistungen sowie eine ebenso kreative wie planvoll verlässliche Stadtpolitik sind einige der Trumpfkarten, die Köln in Zukunft ausspielen muss und wird. Diese Stadt hat sehr gute Perspektiven. Wir müssen sie nutzen.

Einen Beleg, dass wir sie nutzen können, wenn wir wollen, liefert die breite Mehrheit, die heute der Doppelhaushalt 2008/2009 durch Zustimmung von SPD, Grünen und CDU erreichen wird. Wenn es uns künftig häufiger gelingt, die fundamentalen stadtpolitischen zukunftsweisen den Infrastrukturfragen dieser Stadt in einem möglichst breiten Konsens, jenseits von Wahlkampf und Tagespolitik, zu realisieren, wird diese Stadt wegen ihrer vielen Potenziale und ihrer vielen Ressourcen, die es zu heben gilt, eine gute Zukunft haben. Deswegen bin ich guten Mutes. Ich danke allen Beteiligten für die konstruktiven Etatberatungen und wünsche der Verwal-

tung viel Erfolg bei der Umsetzung des Etats. Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Börschel. Nächste Rednerin ist Frau Moritz von den Grünen, bitte schön.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich starte, möchte ich mich bei allen Verhandlungspartnern für den fairen und effizienten Stil bedanken. Ich verspreche - im Gegensatz zu meinen Vorrednern - auch, keine Interna auszuplaudern. Denn wenn ich das täte, käme dabei heraus, dass wir die Besten waren und die meisten Ideen hatten, während die anderen nur Statisten waren. Deshalb verzichte ich darauf.

(Heiterkeit - Zurufe bei der CDU: Oh!)

Die Stadt Köln hat sich von der kameralen Haushaltsführung verabschiedet. Das bedeutete für die Kämmerei eine Menge zusätzliche Arbeit und für die Politiker und Politikerinnen eine große Umstellung. In der Zukunft werden wir sicherlich zu einer neuen Art von Haushaltsplanberatung kommen müssen, die in allen Fachauschüssen geführt werden muss, um die Erfüllung der politischen Zielsetzungen sicherzustellen.

(Beifall von Ulrich Breite (FDP) sowie von Ralph Sterck (FDP))

- Damit habe ich jetzt gar nicht gerechnet. Danke schön.

(Ralph Sterck [FDP]: Wir nutzen jede Möglichkeit, Sie durcheinander zu bringen! - Heiterkeit)

- Das wird Ihnen nicht gelingen.

Nachdem der Haushaltsplan 2008 eingebracht war, änderte die Landesregierung den Termin für die Kommunalwahl. Schnell wurde angesichts der sehr knappen Mehrheitsverhältnisse im Kölner Rat klar, dass eine Verabschiedung des Haushalts 2009 mitten im Wahlkampf sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich werden würde. Um eine vorläufige Haushaltsführung zu vermeiden, die notwendige Investitionen in die Warteschleife gestellt hätte, haben sich die Frak-

tionen von CDU, SPD und Grünen mit Ihrer Unterstützung, Herr Oberbürgermeister, dazu durchgerungen, einen Doppelhaushalt zu verabschieden. „Durchgerungen“ sage ich, weil uns das nicht leichtgefallen ist; denn angesichts anstehender Wahlen schärft ein so weitreichender Konsens nicht gerade das eigene Profil.

Wir haben uns aus Verantwortung für die Stadt zu diesem ungewöhnlichen Schritt entschlossen, wahrscheinlich sehr zum Leidwesen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kämmerei, die wiederum zusätzliche und aufwendige Arbeit leisten mussten. Von April bis heute gab es immerhin fünf Veränderungsnachweise, die den Etat Schritt für Schritt präzisierten. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beschäftigten bedanken, auch für ihre Geduld bei den vielen Hilfestellungen, die die Fraktionen benötigten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der SPD und von Winrich Granitzka [CDU])

Von der Öffentlichkeit wurde die Nachricht über die Aufstellung eines Doppelhaushaltes mit gemischten Gefühlen und einer gewissen Skepsis aufgenommen. Es wurde befürchtet, dass der gerade erst eingeführte Bürgerhaushalt nun auf Eis gelegt werde. Dafür habe ich Verständnis. Ich kann Sie jedoch beruhigen: Der Bürgerhaushalt ist eine Erfolgsgeschichte. Wir werden alles daran setzen, ihn umzusetzen beziehungsweise fortzuführen.

Kaum jemand hatte damit gerechnet, dass sich so viele Menschen in Köln daran beteiligen würden. Das Interesse an den Lebensumständen in der eigenen Stadt ist sehr groß; das freut uns. Die Verwaltung hat sich bei der Aufbereitung und Kommentierung der Daten erheblich Mühe gegeben. Die Fraktionen haben zahlreiche Bürgeranschläge und Anregungen für den Doppelhaushalt 2008/2009 aufgegriffen. Nicht umsonst ist die Stadt für ihren Bürgerhaushalt mit dem UN Public Service Award ausgezeichnet worden.

Der Umfang der Wünsche bietet Stoff für mehrere Haushaltsjahre. Wichtig ist deshalb, dass mit der Umsetzung begonnen und nachvollziehbar Bericht erstattet wird, was aus den Vorhaben geworden ist. Beim Radwegebau sowie bei der Pflege und Sanierung von Grünanlagen und Spielplätzen wird es Zeit-Maßnahmen-Programme geben. Die Bezirksvertretungen und die Fachausschüsse müssen dabei festlegen, in welcher Reihenfolge diese Programme abgearbeitet werden sollen.

Trotzdem will ich auch einige kritische Gedanken anbringen, die jedoch keinesfalls das Erreichte diskreditieren sollen.

Erstens. Die Bürgerinnen und Bürger machen eine Vielzahl von Vorschlägen. Es ist gut, dass wir nun genauer wissen, wo der Schuh drückt. Einsparvorschläge hingegen gibt es wenige oder gar nicht. Ich weiß aber aus vielen Gesprächen, dass das Problem der Ausgabenpolitik durchaus erkannt wird und dass viele Bürgerinnen und Bürger großen Wert auf eine nachhaltige Finanzpolitik legen. Daher müssen wir in den nächsten Beteiligungsverfahren stärker für Einsparvorschläge oder Prioritätensetzungen werben.

Zweitens. Der Zugang über das Internet gewährleistet eine breite und für viele niederschwellige Beteiligungsmöglichkeit. Trotzdem schließt diese Technik noch viele Menschen aus. Durch den Doppelhaushalt haben wir jetzt Zeit und Luft, zu überlegen, auf welche Weise wir die Verfahren verbessern können, beispielsweise durch stadtbezirksbezogene Beteiligungen, besseres Berichtswesen und Priorisierungen von Vorschlägen.

Die neue Haushaltsführung ist für Rat und Verwaltung gewöhnungsbedürftig. Die versprochene Transparenz und Klarheit über die einzelnen Positionen müssen erst noch hergestellt werden. Jedoch gibt das heute zu verabschiedende Werk mehr Aufschluss über den tatsächlichen Vermögensstand Kölns als jemals zuvor. „Wir sind reich“, wurde ein Politiker zitiert. Das stimmt, wenn man das nichtliquide Vermögen betrachtet. Es stimmt allerdings keinesfalls, was die Ausgabenpolitik betrifft. Nach wie vor gilt der Satz: Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. In diesem Jahr ist der Haushalt ausgeglichen, aber schon im nächsten Jahr droht ein deutliches Minus.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Das Ergebnis wird nicht zuletzt davon abhängen, ob sich die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung fortsetzt, ob die Steuereinnahmen weiter sprudeln und ob sich infolge dessen dies auch auf den Arbeitsmarkt überträgt. Die konjunkturelle Entwicklung können wir in Köln kaum beeinflussen. Hingegen können wir günstige Rahmenbedingungen für einen attraktiven Standort schaffen. Da unternimmt die Stadt einiges. Davon zeugen zahlreiche öffentliche Investitionen, die wiederum private nach sich ziehen.

Die vielen Baustellen in der Stadt fordern vonseiten der Anwohnerinnen und Anwohner zwar ein hohes Maß an Toleranz und Geduld, diese werden sich aber nach der Fertigstellung umso mehr auszahlen.

Neben U-Bahn-Bau, Rheinauhafen, Hochwasserschutz und Verlegung von Breitbandkabeln durch NetCologne wird die Regionale 2010 der Stadt neue Impulse geben. Die Aufwertung des rechtsrheinischen Rheinboulevards, das Archäologiemuseum vor und unter dem Rathaus, die Neugestaltung des Ottoplatzes, aber auch die Vernetzung und Aufwertung von Grünzügen werden der Stadt und auch der Region ein neues Gesicht geben.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Noch in diesem Jahr wird der Masterplan für die Innenstadt abgeschlossen. Skeptiker befürchteten - ich gehörte übrigens auch dazu -, als der Verein Unternehmer für die Region Köln e.V. anbot, das renommierte Büro Albert Speer & Partner, AS&P, aus Frankfurt zu beauftragen, einen städtebaulichen Vorschlag zu erarbeiten, die Stadt würde damit ihre Planungshoheit abgeben. Denn dieser Vorschlag soll Grundlage für die Planungen der nächsten zehn Jahre sein. Der Spruch: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing, wurde aber von AS&P widerlegt. In den Werkstattverfahren wird mit den verschiedensten Verwaltungsabteilungen unter Mitwirkung zahlreicher Akteure aus Fachöffentlichkeit, Wirtschaft und Bürgerschaft ein Konzept erarbeitet, welches durchaus an vergangene große Stadtentwürfe anknüpfen kann. Integriert werden bauliche, verkehrliche und räumliche Belange betrachtet mit dem Ziel, vernachlässigte Qualitäten und Möglichkeiten zu stärken. Die Stadtplaner schlagen uns weniger sogenannte Leuchtturmprojekte vor als vielmehr eine nachhaltige Stadtanierung.

Wir verpflichten uns hier ausdrücklich, diesen Plan Schritt für Schritt umzusetzen und dafür in den nächsten Jahren die notwendigen Mittel bereitzustellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Ich dachte, jetzt würden alle klatschen. Wenn nur die Grünen die Mittel bereitstellen, sieht das ganz mager aus.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann wird es ein bisschen knapp! - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Köln ist keine Insel. Neben den globalen wirtschaftlichen Herausforderungen sind die weltweiten Klimaveränderungen ein Kernproblem. Wenn sich Deutschland verpflichtet, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu verringern, verlangt das auch von der Kommune, Maßnahmen zu ergreifen, die das Klima stabilisieren.

(Dr. Sabine Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Sehr richtig!)

Die energetische Optimierung von Gebäuden ist ein wichtiger Faktor. Hier muss die Stadt bei ihren eigenen Gebäuden eine Vorreiterrolle übernehmen. Energiesparen hilft dem Klima und dem Haushalt.

Einen weiteren entscheidenden Einfluss auf das Stadtklima haben die Emissionen im Verkehr. Angesichts steigender Benzinpreise zeigen die Menschen große Bereitschaft zur Änderung ihres Mobilitätsverhaltens. Moderne Technik bei den Fahrzeugen allein kann das Problem jedoch nicht lösen. Wir müssen in unserer Stadt noch attraktivere Angebote für den öffentlichen Verkehr, den Fahrradverkehr und für die zu Fuß Gehenden schaffen.

(Beifall von Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen) sowie von Dr. Sabine Müller (Bündnis 90/Die Grünen))

Erfreulicherweise steigert die KVB jährlich ihre Kundenzahlen. Trotzdem liegen wir bei einem Vergleich mit anderen deutschen Städten nur im Mittelfeld. Vergleichen wir uns mit einer Stadt wie Zürich, fallen wir ganz ab. Dort werden doppelt so viele Fahrten mit Bahnen und Bussen unternommen wie in Köln.

(Zuruf: Das sind auch „arme“ Leute!)

- Nein, das kann man über die Schweizer grundsätzlich und über die Züricher schon gar nicht sagen.

Der Vorschlag von Speer, endlich den S-Bahn-Westring auszubauen, muss auf allen politischen Ebenen mit Nachdruck verfolgt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Karl Klipper [CDU])

- Herr Klipper, Sie wissen, wie sehr ich mich dafür ins Zeug gelegt habe.

(Karl Klipper [CDU]: Wir auch!)

Die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes beweisen die Bereitschaft, aufs Fahrrad umzusteigen. Da-

her erhöhen wir die Investitions- und Planungsmittel zum Ausbau des Radwegenetzes erheblich. Sogar Herr Granitzka steigt schon aufs Fahrrad um, und das soll was heißen.

(Heiterkeit)

Breitere Bürgersteige, Trennung von Fuß- und Radwegen, größere Aufstellflächen für Fußgänger, drastische Reduzierung von Ampelanlagen und barrierefreie Überwege sollen das zu Fuß gehen angenehmer machen. All das kostet viel Geld. Das alles geht nicht auf einmal. Es ist daher wichtig, jeden Straßenneu- und -umbau unter dieser Zielsetzung neu zu bedenken.

Hier will ich gerne etwas einschieben: Mir ist aufgefallen, dass NetCologne überall die Bürgersteige aufreißt. Offensichtlich gibt es diesbezüglich einen Vertrag, dass sie die Straße anschließend wieder in den gleichen Zustand zurückversetzen müssen wie vorgefunden. Wenn aber dort vorher ein Loch war, machen sie dann auch wieder ein Loch dorthin, und wenn der Asphalt geflickt war, stellen sie das anschließend auch wieder her. Herr Streitberger, es wäre sehr schön, wenn Sie sich darum einmal kümmern könnten.

(Heiterkeit - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Klimaschutz bedeutet auch Gesundheitsschutz. Für uns ist gesunde Luft ein Grundrecht. Deshalb muss neben dem globalen Klima auch das Mikroklima verbessert werden. Der Baumbestand und die Grünflächen sind die natürlichen Sauerstoffspender und Luftverbesserer. Sie verdienen daher unseren besonderen Schutz und unsere besondere Pflege. Der Straßenbaumbestand und die wunderschönen Parkanlagen leisten einen entscheidenden Beitrag zur Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Es ist eine Schande, dass Mittelalleen wie die Kempener Straße immer noch als Parkplätze missbraucht werden.

(Beifall bei der SPD sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Wir werden deshalb das Entsiegelungsprogramm für Alleen fortführen. Je verdichteter ein Stadtraum ist, umso wichtiger sind die Grünräume und attraktive öffentliche Plätze.

Eine Verdichtung des Stadtraums ist hingegen unvermeidlich, wollen wir der gestiegenen Wohnungsnachfrage gerecht werden. Wurden noch vor einigen Jahren riesige Wohnsiedlungen und Einfamilienhausteppiche auf der grünen Wiese

genehmigt, so ist die Stadtplanung nun zum Glück zu dem von den Grünen schon seit langen Jahren angemahnten sparsamen Flächenverbrauch übergegangen und weist neue Bauflächen vor allem im Innenbereich aus. Leider mangelt es den Anwohnerinnen und Anwohnern häufig an Einsicht in diese Notwendigkeit. Wir bekommen oft kleinteiligen Protest von Menschen, die eine Wohnung besitzen und eine Veränderung ihrer Wohnumgebung ablehnen. Hier müssen wir noch sehr viel Überzeugungsarbeit leisten. Dies wird nur mit intensiver Bürgerinformation und aufwendigeren Beteiligungsverfahren gelingen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der SPD)

Neben der Mobilisierung kleinerer Flächen im Bestand kommen wir ohne die großen Flächenreserven Clouth-Gelände, Grüner Weg in Ehrenfeld, Eifelwall, Sülzgürtel, Waidmarkt oder Eifelplatz nicht aus. Durch das EU-Urteil zur europaweiten Ausschreibung städtischer Liegenschaften sind neue Hemmnisse bei der zügigen Umsetzung der Projekte hinzugekommen. Eine Lösung, um aus diesem Dilemma herauszukommen, wäre unter anderem die Vergabe an selbstnutzende Baugruppen und die Parzellierung großer Flächen. Das setzt die Erschließung der Flächen voraus.

Wenn es uns nicht gelingt, in einem breiten Konsens das Modell der sozial gerechten Bodennutzung einzuführen, muss die Stadt diese Projektentwicklung aus eigener Kraft stemmen. Wir müssen aufpassen, dass in Köln nicht ein weiteres Mal ein Trend verpasst wird. Die GAG steht bereit und sucht händeringend nach Grundstücken, um dort preisgünstige Wohnungen zu bauen. Auch hier warten wir ungeduldig auf die Umsetzung von Ratsbeschlüssen durch die Liegenschaftsverwaltung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Baukräne und -pläne zeugen nicht nur von neuen Wohnprojekten, sondern auch von neuen Kulturbauten. Die Sanierung der Oper und der Neubau des Schauspiels - die Wettbewerbe finden in dieser Woche statt -, das Kulturzentrum am Neumarkt, das Museum für Archäologie am Rathaus und ein neues Stadtarchiv beweisen die große Entschlossenheit der Politik, den Kulturstandort Köln zu stärken. Hier brauchen wir uns nicht hinter anderen deutschen Großstädten zu verstecken. Uns ist klar, dass mit dem Bau dieser Häuser auch Mittel für deren Betrieb und eine qualitativ hochwertige Bespielung bereitge-

stellt werden müssen. Dies kann nicht ohne eine Ausweitung des Kulturbudgets geleistet werden.

Mit deutlichen Mittelzusetzungen werden die Rahmenbedingungen auch für die freien Kulturschaffenden gestärkt. Stichworte sind hier: Musikförderkonzept, ein Tanzhaus sowie Atelier- und Probenräume.

Uns ist sehr wichtig, dass die Menschen in Köln sich mit ihren Kultureinrichtungen identifizieren. Museen und Bühnen sollen nicht nur von bürgerlichen Eliten besucht werden. Wir wollen das Interesse für Musik, Theater und Bildende Kunst schon im Kindergarten- und Schulalter wecken. Im kostenfreien Zugang in die Museen an bestimmten Tagen und in der Ausweitung der Öffnungszeiten der Stadtbüchereien sehen wir eine Möglichkeit, kulturelle Bildung einem noch größeren Besucherkreis näher zu bringen.

Zur Kritik von Landräten des Umlandes am Projekt „Köln-Tag“. Herr Oberbürgermeister, ich habe in der Presse gelesen, dass selbst Sie eine Philippika auf dem Tag der Regionale 2010 gehalten haben. Oder hatte die Presse das nur unzulässig aufgebauscht? Ich kann es mir jetzt jedenfalls nicht verkneifen, dazu zu sagen, dass niemand mehr Eintritt zahlen muss als vorher. Es ist den Landkreisen freigestellt, ebenfalls solche freien Tage in ihren Einrichtungen einzuführen, um am Ende ein regional einheitliches System zu finden.

(Jochen Ott [SPD]: Sehr richtig!)

Dies gilt übrigens auch für weitere Errungenschaften, die es im Umland nicht gibt, wie zum Beispiel das Mobilitätsticket. Wäre es nicht großartig, wenn es in der ganzen Region für Menschen, die wenig Geld haben, ein einheitliches Mobilitätsticket gäbe?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Deshalb gebe ich die Kritik an die Landräte zurück. Sie sollten einmal in sich gehen. Ich weiß noch, wie sie gestänkert haben, als wir das Mobilitätsticket eingeführt haben.

Kultur kann und soll das Leben aller Menschen bereichern, auch der Kölnerinnen und Kölner, die aus anderen Ländern hierher gezogen sind. Im neuen Kulturzentrum am Neumarkt bietet sich eine einmalige Chance, einen Ort der Kulturen der Welt zu präsentieren. Unter Einbeziehung aller vorhandenen Angebote soll ein neues Projekt entstehen, welches die Internationalität und kul-

turelle Vielfalt Kölns als Chance begreift und weiterentwickelt.

Immer wenn der Haushalt verabschiedet wird, wollen alle wissen, wer am meisten profitiert hat. Wie schon im letzten Jahr sind die Gewinner die Kinder und Jugendlichen sowie natürlich auch deren Eltern. Nachdem die Einführung der Offenen Ganztagschule zunächst vom Protest der Horteltern begleitet wurde, hat sie sich jetzt zu einem Erfolgsmodell entwickelt. In zahlreichen Schulen wurden bauliche Verbesserungen durchgeführt. Wir können heute stolz rund 17 500 Plätze anbieten. Ich bin überzeugt, dass die verbindliche Ganztagschule in absehbarer Zeit Normalität wird. In diesem Jahr setzen wir Mittel für die Qualitätsverbesserung ein und schaffen Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten für die Sekundarstufe I.

Wir sind froh, dass sich die Einsicht durchgesetzt hat, dass Kindertagesstätten nicht nur Betreuungseinrichtungen sind, sondern vor allem auch die frühesten und wichtigsten Bildungsorte. Die Haushaltsmehrheit ist sich einig, dass Kitas auf lange Sicht kostenfrei sein müssen. Hier findet die soziale, kulturelle, religiöse und sprachliche Integration statt. Je früher, umso leichter. Für eine kostenfreie Bildung ist natürlich das Land zuständig, wie es Berlin, Rheinland-Pfalz, Hamburg und Niedersachsen vormachen.

Mit der Halbierung der Beiträge für das letzte Kindergartenjahr wollen wir unsere Landesregierung drängen, sich diesem Problem schneller anzunehmen und auch die finanzielle Verantwortung zu tragen. Ministerpräsident Rüttgers verspricht die Beitragsfreiheit für die nächste Legislaturperiode. Das ist zu spät!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Karl Klipper [CDU]: Hätten wir die 200 Millionen, dann könnten wir heute noch beschließen!)

- Dann müsste das Land auch seine Kultushoheit an die Kommune abgeben. Denn wie gerade festgestellt sind wir uns einig, dass Kitas eine Bildungseinrichtung sind.

(Karl Klipper [CDU]: Gut, Barbara, wenn man diese Betonung setzen will, dann kann man das machen!)

Auch die 20-prozentige Versorgung der unter Dreijährigen kann nur ein erster Schritt sein. Auf diesem Wege müssen wir weitergehen. Es ist nicht mehr als gerecht, wenn Minister Laschet

Köln genauso behandelt wie andere Großstädte in NRW.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In den zurückliegenden Jahren wurden in der Verwaltung aus Konsolidierungsgründen Tausende von Stellen eingespart. Aus elf Dezernaten wurden sieben. Wenn wir die Kennziffer „Einwohner pro Mitarbeiter“ mit anderen Städten vergleichen, stellen wir fest, dass die Beschäftigtenquote eher niedrig liegt. Gleichzeitig wachsen die Aufgaben durch gesetzliche Rahmenbedingungen, EU-Richtlinien, Aufgabenübertragungen, aber auch durch höhere Ansprüche der Bürgerschaft und den Standortwettbewerb mit anderen Regionen.

Wir erkennen diesen grundsätzlichen Bedarf durchaus an und sehen die gestiegenen Leistungsanforderungen an die Beschäftigten. Trotzdem müssen wir uns bei jeder Stellenzusetzung fragen, erstens ob sie wirklich notwendig ist und zweitens welche alternativen Möglichkeiten der Aufgabenerfüllung denkbar sind; denn jede Stellenzusetzung bindet Mittel des städtischen Haushalts langfristig. Dazu gehören Kreativität und auch die regionale Kooperation zur Aufgabenbündelung, wie es beim Callcenter gelungen ist.

Meine Damen und Herren, Köln hat bessere Ausgangsbedingungen als viele andere Städte. Wir leben in einer prosperierenden Region. Wir dürfen aber auch diejenigen nicht vergessen, die aus den verschiedensten Gründen an einem wirtschaftlichen Aufschwung nicht teilhaben können. Für sie halten wir in Köln verschiedene Hilfen bereit, unter anderem auch ein weiteres kommunales Beschäftigungsförderungsprogramm für Langzeitarbeitslose.

Wir stellen nicht zuletzt auch mit diesem Haushalt entscheidende Weichen für die Zukunft. Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. Jetzt spricht für die FDP Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor knapp drei Jahren haben sich die Mehrheitsverhältnisse hier im Rat

zum wiederholten Mal in kürzester Zeit verändert. Seitdem bestimmt ein rot-grün-dunkelrotes Bündnis die Geschicke dieser Stadt. Ich möchte an dieser Stelle nicht die sehr unerfreuliche Debatte über Linksextremismus aus der Ratssitzung im Mai wiederholen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Da haben Sie auch alt ausgesehen, Herr Sterck!)

Offensichtlich ist die Kölner SPD, die in dieser Frage eine Vorreiterrolle eingenommen hat - noch vor Frau Ypsilanti und Herrn Beck, der jetzt sogar schon den Bundespräsidenten mit den Stimmen der Linken abwählen lassen will -, hier vollkommen schmerzfrei. Ihre Wählerinnen und Wähler sind es offensichtlich nicht, wie die aktuellen Umfragen zeigen. Daher freue ich mich auf die Köln-Wahl am 7. Juni 2009, zwei Wochen nach der Bundespräsidentenwahl, wenn aus dieser politischen Stimmung endlich auch für Köln Wahlergebnisse werden.

(Beifall bei der FDP)

Bis dahin haben SPD und Grüne vor, eine gemeinsame Kandidatin oder einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters zu suchen. Der *Express* schrieb dazu am 6. März - ich zitiere -:

Klar ist eines: der Verzicht auf einen eigenen Kandidaten werden sich die Ökos von den Sozis teuer bezahlen lassen: dem Vernehmen nach erheben die Grünen Anspruch auf das Amt des Stadtkämmerers sowie auf diverse Geschäftsführer- und Vorstandsposten in den städtischen Unternehmen - etwa der GAG und bei den KVB.

Was die Postenkäuflichkeit der Grünen hier in diesem Rat angeht, ist dem nichts hinzuzufügen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Immer unverschämt, dafür sind wir bekannt!)

Dann haben wir da noch die CDU, die leider - das muss ich auch nach der Rede meines Kollegen Winrich Granitzka sagen - immer noch nicht realisiert hat, dass sie eigentlich die größte Oppositionspartei in diesem Hause ist. Um Rot-Grün ein Jahr vor der Wahl aus der linken Patzche zu helfen, lassen Sie sich in Sachen Haushalt einkaufen und verunklaren damit die wahren politischen Verhältnisse in dieser Stadt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht um Köln, nicht um Euch! – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Die demokratischen Parteien dieses Rates haben zum Ende der Ratsperiode in unterschiedlichen Koalitionen unterschiedlich lange das Heft des Handelns in der Hand gehabt. Seit der Köln-Wahl 1999 hat die FDP drei Jahre, die Grünen sechs Jahre, die SPD fünf Jahre und die CDU sechs Jahre regiert. Angeführt wird die Liste natürlich vom Oberbürgermeister, der dann neun Jahre im Amt ist.

Was haben die einzelnen Akteure für die Stadt bewegt? Wo haben sie die Stadt wirklich nach vorne gebracht, statt nur nach personalpolitischen Vorteilen zu streben?

(Josef Müller [CDU]: Rheinauhafen!)

- Ich komme auf das Stichwort zurück, Herr Müller. - Wo haben sie Spuren hinterlassen? Zur Wahl müssen alle vor die Wählerschaft treten und Rechenschaft ablegen, was sie mit der ihnen geliehenen Macht getan haben.

Wir Liberale haben aus meiner Sicht aus den vier beziehungsweise sieben Mandaten, die uns bei den letzten beiden Wahlen zugesprochen wurden, das Optimale herausgeholt.

(Lachen bei der SPD)

Daher sehen wir dem Urnengang im kommenden Jahr mit großer Vorfreude und Erwartung entgegen. In diesem Sinne kann ich nur sagen: Ich wünscht, es wär' Wahl und die Kölner kämen!

(Beifall von Teilen der FDP – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Meine Damen und Herren, auch die Grünen haben ihre Macht genutzt. Das muss man neidlos anerkennen, auch wenn ihre Politik des Bremsens, Verhinderns und Blockierens nicht die Sache der Liberalen ist.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: „Spaßverderber“ haben Sie vergessen!)

- Das kommt jetzt auch noch. - Es reicht nicht aus, Frau Moritz, über Köln als weltoffene und liberale Stadt zu reden, wir müssen das auch leben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Erst muss ich das erlauben!)

In puncto Lebensgefühl und positiver Lebenseinstellung nimmt es Köln mit jeder anderen Stadt auf. Köln zieht viele Menschen wegen seiner Lebensart an. Hier bin ich Mensch, hier will ich sein.

Es schmerzt, dass von dieser Stärke so wenig zur Stärkung des Standortfaktors einfließt. Mehr noch: Wir lassen zu, dass uns die Nutzung der Straßen und Plätze vermiest wird. Stell dir vor, wir gewinnen das EM-Halbfinale, und die Feier findet auf dem östlichen Autobahnzubringer statt, weil der Heumarkt tabu ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

In einer Informationskampagne nennen wir Ross und Reiter, wer für die das Lebensgefühl dieser Stadt missachtende Politik verantwortlich ist, nämlich Barbara Moritz und ihre grüne Fraktion. „Was erlauben Moritz?“, fragen wir in Anlehnung an die legendäre Wut-Rede von Ex-Bayern-Trainer Trapattoni. Das Fahnenmeer auf dem Heumarkt ist auf jeden Fall zur EM verboten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was macht Trapattoni heute? - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt verstehen die Leute das erst!)

Höhepunkt der Gegner einer Erlebnisstadt ist das Platzkonzept für die innerstädtischen Plätze, durch das die Anzahl der Veranstaltungen auf den Plätzen erheblich reduziert wird. Prominentestes Opfer war die karnevalistische Volkssitzung auf dem Neumarkt, die von der rot-grünen Obrigkeit verboten wurde.

(Lachen bei den Grünen)

Durch den öffentlichen Druck der schwarzen Nasen wurde nun eine Ausnahmegenehmigung erteilt. „Mer bruche keiner, keiner, dä uns sät, wie mer Fastelovend fiere deit“, singen die Bläck Fööss im gleichnamigen Lied. Weiter heißt es da: „Et jitt jo Lück, die immer alles besser wesse.“ - Wen sie damit wohl gemeint haben?

(Beifall bei der FDP)

Auch eine farbige und vielseitige Kultur gehört zu dem lebendigen Köln, wie wir es uns vorstellen. Sie ist ein weicher, aber sehr wichtiger Standortfaktor, der Unternehmen und Menschen nach Köln zieht.

Nach zahllosen Rückschlägen - um nicht zu sagen Pleiten, Pech und Pannen - scheint jetzt der Turnaround gekommen zu sein, auch wenn wir nach der gescheiterten Bewerbung um die Kul-

turhauptstadt meilenweit davon entfernt sind, das Versprechen einzulösen und die geplanten Maßnahmen bis 2010 zu verwirklichen. Aber eine bessere finanzielle Ausstattung, glückliche Personalentscheidungen und einzelne Leuchtturmprojekte wie die Sanierung der Oper und den Neubau des Schauspielhauses haben die städtischen Kulturaktien im Kurs steigen lassen.

Seit zehn Tagen hat dabei eine kulturelle Vision, nämlich der Bau einer Archäologischen Zone und eines Hauses der Jüdischen Kultur, ein Gesicht bekommen. Mit dem preisgekrönten Entwurf steht ein Büro an unserer Seite, dass durch seine bisherigen Arbeiten wie das Jüdische Museum in München hervorragende Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen unseres historischen Erbes und der Rathausvorplatzbebauung erwarten lässt. Mit diesem Projekt werden auch die jahrelange Arbeit der Liberalen in Detailfragen wie die Erschließung der Ausgrabungen durch den ehemaligen Ratskeller und Glaubensfragen bezüglich des Standortes für das Haus und Museum der Jüdischen Kultur auf dem Rathausvorplatz belohnt.

Ich bin dem Land und der Regionale 2010 in diesem Zusammenhang sehr dankbar für ihr Engagement für und in Köln, das nachhaltig in der Stadt wirken wird. Ich wünsche der Stiftung für das Haus und Museum der Jüdischen Kultur viel Erfolg für die Akquisition der nötigen Mittel.

(Beifall bei der FDP)

Von der Verwaltung erwarte ich nach der Sommerpause einen Zeit-Maßnahmen-Plan, wie wir das Projekt realisieren und schon bis zur Regionale die ersten unterirdischen Schätze unseres Kulturerbes sichtbar machen können. Für die Schutzhülle auf dem Rathausvorplatz brauchen wir einen Plan B, falls die Stiftung bis zu einem noch zu bestimmenden Tag X die nötigen Mittel nicht bereitstellen kann.

Da der ausgewählte Entwurf die städtebauliche Schließung dieser Kriegswunde in jedem Fall vorsieht, sollten wir auch eine kulturelle Nutzung dafür vorsehen. Wenn Geld nur dafür da sein sollte, die jüdische Geschichte im Rahmen der Ausgrabungszone darzustellen, sollten wir die beiden Obergeschosse zum Beispiel für die Sammlung Corboud oder die Kunst- und Museumsbibliothek nutzen und das Kutz-Gelände zur Finanzierung dieser Maßnahme veräußern.

„Henkelmännche - Millowitsch, bei uns es immer jet loss“, heißt es bei den Hönern in ihrem Gasenhauer „Viva Colonia“, den auch die Grünen in

der fünften Jahreszeit mitgrölen. Volkssitzung und Public Viewing gehören zur kulturellen Vielfalt Kölns wie Oper und Jüdisches Museum.

(Zurufe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine Zensur findet nicht statt oder sollte nicht stattfinden. Der vorliegende Doppelhaushalt wurde jedoch maßgeblich von den Kräften bestimmt, die Zensur ausüben und so die Lebensfreude in Köln ersticken wollen. Das ist ein weiterer Grund dafür, warum wir diesem Haushalt nicht zustimmen können. Denn wir sind der Meinung: Köln kann mehr Leben!

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Freiheit heißt für Liberale auch, sich zügig und frei in Köln bewegen zu können. Dazu ist eine gesunde Mischung aus individuellem und öffentlichem Personennahverkehr notwendig. Für alle Verkehrsträger sollen gleichberechtigte Bedingungen geschaffen werden,

(Jochen Ott [SPD]: Mehr Tempo!)

um die Mobilität für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie die Erreichbarkeit der City und der Bezirkszentren zu verbessern.

Heute sichtbar werdender Erfolg liberaler Verkehrspolitik ist

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Hohe Straße und die Schildergasse!)

der dreispurige Ausbau der Rheinuferstraße entlang des Rheinauhafens in Richtung Norden zwischen Ubierring und Rheinufertunnel.

(Zuruf von der SPD: 150 auf der Zoobrücke!)

Rot-Grün hatte zwischenzeitlich vor, die dritte Spur als Busspur umzunutzen. Massiver öffentlicher Druck und ein Machtwort des RP haben dies verhindert.

In dieser wie in vielen anderen verkehrs- und stadtentwicklungspolitischen Fragen haben sich Kollege Martin Börschel und seine SPD von ihren Bündnispartnern am Nasenring durch die Arena ziehen lassen.

(Martin Börschel [SPD]: Na sowas aber auch!)

- Dieses Bild hatten wir heute schon einmal. - Wenn der Kollege das Stadtentwicklungsparkett

betrifft, wird es für das Stadtbild kritisch, wie seine Intervention für die Ikea-Ansiedlung am falschen Standort zeigt, oder für die Stadtkasse teuer,

(Martin Börschel [SPD]: Das wollen wir aber mal sehen!)

wie wir an seinem Vorpreschen in Sachen Rheinuferquerung der Nord-Süd Stadtbahn oder Grundstückserwerb in Sachen Rennbahn gesehen haben.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Das habe ich immer noch nicht verstanden!)

Überhaupt ist es schade, dass vom Gestaltungswillen früherer sozialdemokratischer Jahrzehnte so wenig übriggeblieben ist. Das Desinteresse geht so weit, dass die SPD seit 2004 die Position eines Sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsausschuss nicht besetzt hat.

(Zuruf: Hört! Hört!)

Keine guten Leute, kein Interesse oder keine Lust, Herr Kollege Börschel?

(Martin Börschel [SPD]: Wieso soll ich das machen?)

- Ich hoffe, dass Sie Leute in Ihrer Fraktion und in Ihrer Partei haben, die sich damit auskennen.

(Beifall bei der FDP)

Gerade bei der anstehenden Sanierung der Kölner Rheinbrücken wird es zur Nagelprobe kommen, um die Leistungsfähigkeit der Querungen während der Bauzeit zu erhalten und für die Zeit danach einen Mehrwert für die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu erreichen. Das kann die Achtspurigkeit der Zoobrücke für die Autofahrerinnen und Autofahrer sein; das kann die Ertüchtigung der Statik für die Severinsbrücke sein, damit dreizügige KVB-Züge darüber fahren und KVB-Fahrgäste die Haltestelle auf der Severinsbrücke nutzen können und das kann mehr Attraktivität der Hohenzollernbrücke sein, zum Beispiel durch einen breiteren Steg auf der Südseite und das Laufband auf der Nordseite.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf setzt hier zu wenig Signale und ist deshalb eher ein Instrument zur Weigerung der Stadt, Mobilität in Köln zu befördern. Das ist ein weiterer Grund, warum wir diesem Haushalt nicht zustimmen

können. Wir hingegen sagen: Köln kann mehr Mobilität!

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

In den vergangenen Jahren ist die Sensibilität der Kölnerinnen und Kölner für ihr Stadtbild, für Städtebau und Architektur geschärft worden. Dies ist auch dem Engagement der entsprechenden Interessenvertretungen zu verdanken. Die Bausünden vergangener Jahrzehnte schmerzen dabei heute sehr. Deshalb muss alles unternommen werden, keine weiteren hinzukommen zu lassen und die städtebauliche und architektonische Qualität sukzessive zu heben.

Hier begleiten wir erwartungsvoll die Arbeit am städtebaulichen Masterplan für die Innenstadt. Wir sind den Initiatoren - das ist hier heute schon gesagt worden - aus den Kreisen der IHK für ihr bürgerschaftliches Engagement in dieser Frage sehr dankbar. Die ersten Zwischenergebnisse sehen vielversprechend aus. Auch wenn der eine oder andere liebgewonnene Forderungen zurückstellen muss, so bündeln hoffentlich am Ende die Ergebnisse unsere Kräfte für ein moderneres und schöneres Stadtbild.

Die FDP hat in ihren Regierungsjahren gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU zahlreichen Stadtentwicklungsprojekten, teilweise mit nur einer Ein-Stimmen-Mehrheit, zum Durchbruch verholfen, die - wie der Rheinauhafen - seit Jahren und Jahrzehnten diskutiert worden sind, ohne entschieden zu werden. Die Bereicherung für Köln und das Stadtbild wird jetzt kaum bezweifelt. Ganz im Gegenteil: Nachdem die Kranhäuser in Bau sind und sich Microsoft ansiedelt, hat der Erfolg viele Väter.

Microsoft-NRW-Chef Michael Müller-Berg sagte dazu am 30. Mai gegenüber der *Kölnischen Rundschau*:

Es hätte auch Düsseldorf sein können.  
Es stand fifty-fifty.

Am Ende habe unter anderem der Rheinauhafen überzeugt. Es muss doch wehtun, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, wenn man sich einer solch richtungweisenden Entscheidung wie dem Bebauungsplan für den Rheinauhafen mit seinen Stimmen verweigert hat.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Zur Frage, ob Bill Gates zur Eröffnung nach Köln

kommt, sagte Müller-Berg - Zitat -:

Aber vielleicht ließe sich ein Besuch ja mit einem großen internationalen Kongress verbinden. Solche Kongresse mit rund 10 000 Leuten sind in Köln jedoch schwer zentral und zügig durchzuführen.

Autsch! Was für eine schallende Ohrfeige für die rot-grüne Blockadehaltung in Sachen Kongresszentrum für Köln.

(Beifall bei der FDP)

Doch auch Sie, Herr Oberbürgermeister, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, so manches Vorhaben nicht energisch genug vorangebracht zu haben.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das betrifft aber nicht die Kongresshalle.

**Ralph Sterck (FDP):** Das betrifft nicht die Kongresshalle; da gebe ich Ihnen Recht. - Immerhin werden Sie am Ende neun Jahre lang alle Instrumente der Verwaltung in der Hand und dazu noch fünf Jahre eine Sie unterstützende Ratsmehrheit gehabt haben. Trug der kraftlose Entwurf für den Breslauer Platz mit Kommerz-Hotel, aber ohne Musical nicht Ihre Schlusszeichnung? Warum wurden die Projekte für die Umgebung des ICE-Terminals so lange verschleppt, bis uns eine neue Rechtsprechung die Vermarktung erschwerte? Wo ist das Prüfergebnis für die MesseCity-Entwicklungsgesellschaft?

Statt sichtbare Spuren, ja sogar eine Handschrift in der Stadt zu hinterlassen, kümmern Sie sich leider um diese Prozesse zu wenig. Ich habe in den letzten Jahren an drei Dutzend Qualifizierungsverfahren für Projekte, die unsere Stadt nach vorne bringen und schöner machen, teilgenommen. Ich kann mich leider nur an eines erinnern, das Sie komplett begleitet haben, und zwar den Stadionwettbewerb. Selbst bei der Archäologischen Zone und beim Jüdischen Museum vergangene Woche, also sozusagen der Planung für Ihren Rathausvorgarten, haben Sie Ihre Preisrichterbenennung weitergegeben.

Herr Erwin in Düsseldorf war zeitweise sein eigener Stadtentwicklungsdezernent, und Herr Ude ist Leiter der Stadtgestaltungskommission in München. Nur unser Oberbürgermeister ist seit Jahren nicht mehr im Gestaltungsbeirat gesehen worden, um daran mitzuwirken, seine Stadt att-

raktiver und schöner zu machen. Es reicht aus meiner Sicht nicht aus, am Ende eines Verfahrens nur die Ergebnisse in einer Pressekonferenz vorzustellen.

Die Kräne im Kölner Stadtbild und die Erfolgsmeldungen der Wirtschaftsförderung zeigen, dass es in Köln zurzeit nicht schlecht läuft. Aber darauf darf man sich nicht ausruhen. Die Projekte, mit denen wir als Stadt auf der Expo Real oder der MIPIM in den kommenden Jahren werben wollen, sind noch nicht beschlossen. An die Adresse von Stadtspitze und Ratsmehrheit sei gesagt: Wer ernten will, muss säen.

Der Haushalt 2008/2009 lässt entsprechende Schritte in diese Richtung aber leider vermissen. Er ist eher ein Bremsenhaushalt mit einer unfassbaren Aufblähung der internen Kosten, der mehr behindernde Bürokratie schafft als zu entfesseln. Das ist der dritte thematische Grund, warum wir dem Haushalt nicht zustimmen. Denn auch für diesen Bereich gilt: Köln kann mehr Dynamik!

(Beifall bei der FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo bleibt Euler Vorschlag?)

Sehr geehrte Damen und Herren, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren stimmt die FDP - das haben auch meine Vorredner schon festgestellt - dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf nicht zu. Das hat neben den drei genannten inhaltlichen Gründen auch haushaltpolitische Gründe.

Entscheidend hierfür sind die Zahlen. Wir haben vor dem Hintergrund sprudelnder Steuereinnahmen frühzeitig eine Senkung der Gewerbesteuer gefordert, weil dies die beste Werbekampagne für den Wirtschaftsstandort Köln gewesen wäre und mittelfristig sicherlich mehr Geld gebracht als gekostet hätte.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Diese Forderung fand leider keinen Widerhall bei den anderen demokratischen Fraktionen dieses Hauses. Dabei muss man sich fragen, wo denn das ganze Geld geblieben ist, das der Kämmerer in den vergangenen Jahren eingenommen hat. So stiegen und steigen die Steuererträge abzüglich der Gewerbesteuerumlage, der Kosten für die Deutsche Einheit und die Landschaftsumlage von 2004 mit 858 Millionen Euro innerhalb von fünf Jahren auf 1,399 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung um mehr als 500 Millionen Euro jährlich. Summiert für den genannten Zeitraum

kommen wir auf Mehreinnahmen von 2,17 Milliarden Euro. Trotzdem weist der Plan der Verwaltung für 2009 einen Fehlbetrag von 87 Millionen Euro aus. Da fragt man sich doch, wo das ganze Geld geblieben ist.

(Zuruf von Jörg Detjen  
[Die Linke.Köln])

Wo sind die goldenen Wasserhähne? Wo sind die Schlösser, die damit gebaut wurden? Wenn diese wenigstens in Form von Rheinbrücken oder Kongresszentren errichtet worden wären. Aber nein, es ist viel schlimmer, meine Damen und Herren: Das Geld wurde einfach im allgemeinen Verwaltungsbetrieb verfrühstückt. Die 1 000 zusätzlichen Stellen des Stadtdirektors sind in weiten Teilen ein gutes Beispiel für diese Haltung.

(Jochen Ott [SPD]: Für die FDP-Politik  
im Land!)

Die mithilfe von Kienbaum angestrebten Einsparpotenziale wurde in Salamtaktik Monat für Monat zurückgenommen.

Die schwarz-rot-grüne Keniakoalition hat dann mit ihren Veränderungen noch eines obendrauf gesetzt, indem sie sich auf den teuersten gemeinsamen Nenner geeinigt hat. So wurde das Defizit für das kommende Jahr nochmals um 15 Millionen Euro auf 102 Millionen Euro vergrößert. Na, herzlichen Glückwunsch! Sie werden verstehen, dass wir mit unseren Stimmen an dieser finanzpolitischen Geisterfahrt nicht teilnehmen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Nach dem Willen von CDU, SPD und Grünen ist dies die letzte Haushaltsdebatte, die wir in dieser Ratsperiode führen. In 348 Tagen stellen wir uns dem Wählervotum. Die Stimmung in der Stadt ist eindeutig: Allgemein wird anerkannt - das haben auch die Vorredner schon gesagt -, dass die Chancen, Talente und Potenziale Kölns im Vergleich mit anderen deutschen oder europäischen Städten hervorragend sind. Es wird leider von der politischen Mehrheit und von der Verwaltung zu wenig daraus gemacht. Köln bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Diese Stimmung bei den Kölnerinnen und Kölnern werden wir aufgreifen und Lösungen geben für ein lebendiges, für ein mobiles und für ein dynamisches Köln. Wir werden allen Antworten geben, die enttäuscht von den herrschenden Verhältnissen und Köpfen sind. Wir werben um

alle, die sagen: Köln kann mehr! Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Barbara Moritz  
[Bündnis 90/Die Grünen]: Wo ist denn  
Euer Vorschlag?)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. Für die Fraktion pro Köln spricht Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Rat der Stadt Köln erlebt heute eine denkwürdige Haushaltsplanberatung; denn es ist die erste nach vielen Jahren, die nicht mehr unter der Kuratel des Regierungspräsidenten stattfindet. Das Haushaltssicherungskonzept gilt für diese Stadt nicht mehr. Ihnen ist eine relative Handlungsfreiheit zurückgegeben worden. Sie haben insbesondere eine Sache wieder, die Sie in den letzten Jahren nicht hatten, weil Sie sie verspielt hatten, nämlich Kreditwürdigkeit.

Und was ist das Erste, das Sie in dem Moment, in dem Sie wieder kreditwürdig sind, tun? Sie legen los und machen neue Schulden. Wie das ausgehen wird, ist für jeden absehbar, der auch nur die Grundrechenarten beherrscht. Jetzt werden reihum von den verschiedenen politischen Akteuren die Wünsche artikuliert und in den Haushaltsplan hineingetragen. Diese Wünsche kosten Geld; die Ausgaben steigen wieder. Jetzt nutzt insbesondere auch die Verwaltung die Gunst der Stunde, das Zeitfenster, das sich auftut, um zuzuschlagen, solange es noch geht, offenbar in der festen Erwartung, dass das Zeitfenster für Neueinstellungen nicht gar so lange offen bleiben wird. 1 000 neue Stellen sollen in den kommenden Jahren zugesetzt werden. Damit schaffen Sie ganz sicher die Basis dafür, dass Sie über kurz oder lang wieder dem Haushaltssicherungskonzept unterliegen werden und dass Sie über kurz oder lang erneut eine Debatte um einen Nothaushalt in diesem Haus führen müssen.

Ich kann, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen, warum Kommunalpolitiker und auch führende Verwaltungsbeamte sich derart verantwortungslos gegenüber den mittelfristigen Belangen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zeigen und einen solchen finanzpolitischen Crashkurs fahren. Das wäre vermeidbar gewesen.

Wir dagegen fordern einen Beförderungsstopp und darüber hinaus, dass es keine Stellenzuset-

zungen geben soll. Wenn pro Köln also annimmt, dass das Haushaltssicherungskonzept in Teilen immer noch in Kraft sei, dann entspricht das einer Grundhaltung, die den Umstand reflektiert, dass sich auf objektiver Ebene gegenüber der letzten Haushaltsplanberatung, die wir hier geführt haben, überhaupt nichts verändert hat. Gegenüber dem letzten Haushaltsplan ist die Stadt objektiv nicht um einen Cent reicher geworden. Vielmehr hat sie sich durch die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement lediglich pro forma reich gerechnet. Dieser Tatsache muss doch auch die Kommunalpolitik Rechnung tragen, wenn sie über neue Aufwendungen nachdenkt und sich darüber Gedanken macht, wie der Haushalt in den kommenden Jahren gestaltet werden soll.

Meine Damen und Herren, wir müssen eisern sparen. Wir müssen vor allem auf das Produzieren neuer Schulden verzichten, weil die Gesamtsituation etwas anderes schlichtweg nicht zulässt. Ansonsten steht diese Stadt in kürzester Zeit wieder da, wo sie bei der letzten Haushaltsplanberatung gestanden hat. Es kann natürlich niemand ganz genau sagen, ob es dann noch einmal gelingen wird, das Allerschlimmste abzuwenden. Letztes Mal ist es knapp gutgegangen. Beim nächsten Mal kann es aber - das wissen Sie alle und machen es trotzdem - durchaus auch knapp danebengehen. Das hat diese Stadt wahrlich nicht verdient.

Nachdem sich CDU, SPD und Grüne gemeinsam auf den Haushaltsplan geeinigt haben, führen Sie Ihre Auseinandersetzung intern nur noch mit der FDP-Fraktion. Sie haben die FDP zu Recht dafür kritisiert, dass sie einen Teil ihrer Vorschläge bei anderen abschreibt und oft nicht sagt, wie sie ihre Vorschläge, so schön sie auch klingen, finanzieren will. Dafür fehlten die entsprechenden Vorlagen; hierzu wurden von der FDP keine Angaben gemacht.

Sollten Sie einen Blick in unseren Änderungsantrag zum Doppelhaushalt geworfen haben, dürfte Ihnen klar geworden sein, dass Sie einen solchen Vorwurf nicht an die Adresse der Fraktion pro Köln richten können. Zum einen haben Sie einen solchen Änderungsantrag hier noch nicht gesehen - Sie können uns hier alles Mögliche vorwerfen, nicht aber, dass wir diese Vorschläge irgendwo abgeschrieben haben -, zum anderen sagen wir klipp und klar und ganz genau, wie wir die Mehraufwendungen bezahlen wollen, nämlich durch Einsparungen an anderer Stelle. Unsere Einsparvorschläge möchte ich Ihnen nun, um zur Sache zu kommen, näher erläutern.

Wir wollen Ihr Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus schließen. Das spart dem Steuerzahler mehr als 1 Million Euro jedes Jahr. Diese Einrichtung missbrauchen Sie für Zwecke der Parteipolitik. Sie spannen das EL-DE-Haus ein, um insbesondere gegen die Bürgerbewegung pro Köln zu agitieren und damit in den Wahlkampf zu intervenieren. Dazu sind Sie nicht berechtigt. Wenn Sie Wahlkampf führen wollen, müssen Sie das mit den Mitteln Ihrer Parteien tun. Sie dürfen nicht auf die Ressourcen des Staates zurückgreifen, um einen bestimmten Teilnehmer des politischen Wettbewerbs an den Pranger zu stellen. Deshalb sind wir der Auffassung, hier sollten Nägel mit Köpfen gemacht und diese Einrichtung geschlossen werden.

Wir haben zudem im Bereich des Multikulturalismus eine große Zahl von Einsparvorschlägen gemacht. Niemand von Ihnen wird bestreiten, dass diese Vorschläge prinzipiell realisierbar sind. Die Einwände, die daraufhin kommen, sind altbekannt. Sie behaupten, so etwas sei inhuman, wir hätten doch eine besondere moralische Verpflichtung gegenüber den Menschen aus aller Herren Länder, wir müssten hier in Köln gewisse Potenziale vorhalten, um diese Menschen über die Runden zu bringen, insbesondere auch diejenigen, die sich über längere Zeit hier legal aufhalten und dann auf einmal den Sozialkassen anheimfallen.

Das, meine Damen und Herren, ist eine Milchmädchenrechnung. Schon allein auf originär moralischer Ebene, auf die ich mich hier durchaus gerne einlasse, ist das falsch, weil Sie irgendeine gute Tat für die breite Mehrheit der Menschen in aller Welt, der es schlecht geht, hier in Köln überhaupt nicht erbringen können. In dem Zeitraum, in dem Sie hier einem armen Menschen helfen, wachsen anderswo auf der Welt 10, 15 oder 20 nach. Selbstverständlich müssen Sie Hilfestellung - ich bin ja nicht naiv - gegenüber den Ländern leisten, die auch auf lange Sicht keinen wirtschaftlichen Anschluss finden, in denen es keine ordentliche medizinische Versorgung gibt und in denen es für den Einzelnen keine gute Perspektive am Arbeitsmarkt gibt, weil ein funktionierender Arbeitsmarkt überhaupt nicht existiert. Aber diese Hilfe können Sie nicht auf deutschem Territorium leisten, indem Sie eine winzig kleine Minderheit der Mühseligen und Beladenen hier bei uns aufnehmen und für deren Versorgung in der Domstadt sorgen, während Sie die breite Masse ihrem Schicksal überlassen.

Auch ich gehe nicht davon aus, dass es uns mit administrativen Maßnahmen langfristig möglich sein wird, dafür zu sorgen, dass diese Armuts-

ströme eingedämmt werden. Darüber bin ich mir durchaus im Klaren. Wir müssen die Armut vielmehr da bekämpfen, wo sie existiert und wo sie entsteht. Dafür werden wir auch auf gesamtstaatlicher Ebene erhebliche wirtschaftliche Mittel aufwenden müssen. Mithilfe dieser Mittel müssen den Menschen mehr Bildungschancen eröffnet werden, die aber dort zu realisieren sind, wo sie ansässig sind, nämlich in ihrem eigenen Land, und nicht auf unserem Territorium.

Völlig unsinnig in diesem Zusammenhang ist der Vorwurf der Inhumanität, gerade auch weil er aus dem Spektrum der Linken kommt. Stellen Sie sich vor, die Linke würde ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen in Deutschland umsetzen können. Dann wäre ein produktiver Überschuss, mit dem wir Menschen in anderen Ländern unter Umständen helfen könnten, gar nicht mehr vorhanden. Wenn die Linke ihre planwirtschaftlichen Vorstellungen hier realisieren könnte, wäre die Bundesrepublik Deutschland de facto über kurz oder lang selbst ein Entwicklungsland, das Hilfe von außen bräuchte.

(Beifall bei pro Köln)

Insofern wäre gerade eine solche Politik nicht nur gegenüber den Menschen im eigenen Land hochgradig inhuman, sondern auch gegenüber den Ausländern, weil für diese dann ja überhaupt keine Hilfpotenziale mehr übrigbleiben würden.

Jenseits des Themenfeldes Multikulturalismus haben wir umfangreiche Streichvorschläge gemacht, unter anderem auch da, wo Sie versuchen, sich mit der Problematik des Drogenmissbrauchs in Köln auseinanderzusetzen. Da wir Ihren Ansatz in dieser Frage für komplett verfehlt halten, würden wir im Ressort von Frau Bredehorst einiges zusammenstreichen.

Erlauben Sie mir, hier exemplarisch den Junkie Bund e.V. herauszugreifen, weil er eine jener Einrichtungen ist, deren Mittel wir auf Null reduzieren wollen. Der Junkie Bund befasst sich nach seiner Selbstdarstellung nicht mit Drogensüchtigen und auch nicht mit Drogenkranken, sondern, wie es auf der Internetseite des Junkie Bundes heißt, mit Drogengebrauchern. Was ist denn ein Drogengebraucher? Ein Drogengebraucher ist wohl jemand, der sich, ebenso wie jemand, der die Entscheidung trifft, ob er mit dem Fahrrad oder der KVB fahren will, ob er lieber im Rechtsrheinischen oder im Linksrheinischen wohnen und in welcher Farbe er sein Haus anstreichen will, eben dafür entscheidet, Drogen zu konsumieren. Die gesamte Darstellung ist völlig verharmlosend und erweckt den Eindruck, als kön-

ne man auch mit Drogen ein ganz ordentliches Leben führen.

Genau darin besteht ja auch der Schwerpunkt der Aktivitäten eines gehörigen Teils dieser Einrichtungen, die in der Auseinandersetzung mit der Drogenproblematik auf Kosten des Kölner Steuerzahlers tätig sind. Hier wird nicht schwerpunktmäßig Prävention betrieben. Hier wird auch nicht schwerpunktmäßig der Versuch unternommen, Menschen aus der Drogenabhängigkeit herauszuführen. Nein, hier wird versucht, den Betroffenen ihren Drogenkonsum irgendwie erträglich zu machen. Das ist genau der falsche Ansatz; denn Prävention tut Not. Es tut Not, diesen Menschen klarzumachen, dass sie einen Einschnitt in ihrem Leben vornehmen müssen. Sie brauchen ärztliche Hilfe, und sie brauchen zweifellos Zuwendung.

Im zweiten Teil unseres Änderungsantrages fordern wir, ein Programm zur Bekämpfung des Drogenkonsums in Köln aufzulegen. Dieses soll in diesem Jahr mit 1 Million Euro und im kommenden Jahr mit 4 Millionen Euro ausgestattet werden. Klar ist aber auch: Wir müssen den von dieser großen persönlichen Katastrophe Betroffenen, den Menschen, die von Drogen abhängig sind, deutlich machen, dass das keine legitime Lebensweise ist. Diese Menschen zerstören ihre eigene Gesundheit. Sie sind häufig nur durch Eigentumsdelikte in der Lage, ihren Drogenkonsum zu finanzieren. Damit schädigen Sie auch andere. Hier muss vorgebeugt und eingegriffen werden. Das ist aber nur durch einen kompletten Kursschwenk, eine völlige Umkehr im Bereich der Kölner Drogenpolitik möglich.

(Beifall bei pro Köln)

Hier, meine Damen und Herren, tun sich erhebliche Einsparpotenziale und Möglichkeiten auf, die entsprechenden Geldmittel anders zu verwenden. Damit komme ich zum zweiten Teil unseres Änderungsantrages. Dann wären - das haben wir Ihnen auf Euro und Cent vorgerechnet - für Drogenprävention und Hilfen für Drogenkranke Mittel frei. Dazu haben wir Ihnen einen umfangreichen Vorschlag gemacht.

Dann wären aber auch endlich Mittel frei, um die Situation des Kölner Straßennetzes verstärkt in Angriff zu nehmen. In Teilen macht es inzwischen einen ebenso desolaten Eindruck wie gewisse Straßenzüge in Osteuropa zum Ende der 80er-Jahre. Es gibt eine Reihe prinzipieller Aufgaben, die die Kommunalpolitik zu erfüllen hat. Dazu gehört auch, dass sie das Straßen- und Wegenetz in Köln in Schuss hält. Von dieser

Aufgabe hat sich die Stadt Köln schleichend immer weiter zurückgezogen. Es gibt Ecken in der Stadt, in denen seit vielen Jahren kein Ausbesserungstrupp mehr gesehen worden ist. Da treffen Sie auf Schlaglöcher, bei denen die Leute gelegentlich schon selbst dazu übergehen, zu improvisieren. Dort, wo sich niemand darum kümmert, werden die Schlaglöcher immer größer. Diese Situation ist wirklich vollkommen unerträglich.

Sie verabschieden sich damit auch ein Stück weit aus einem Teil der Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Dieser Teil ist einfach sehr kostenintensiv und finanziell schlägt erheblich zu Buche. Wohl auch deshalb wollen Sie diesen Teil nicht mehr leisten.

Es wäre im Weiteren selbstverständlich möglich, die Bäder der Stadt Köln für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu halten. Es wäre durchaus möglich, das Nippesbad wiederzueröffnen sowie auf die geplanten Schließungen des Rodenkirchenbades und des Weidenbades zu verzichten. Das haben wir Ihnen in unserem Änderungsantrag vorgerechnet. Es wäre auch möglich, sukzessive etwas für die Renovierung der Bäder zu tun, um diese attraktiver zu machen und so dem schleichenden Verfall vorzubeugen.

Ganz nebenbei könnten wir dann noch - es ist sehr schade, dass Herr Dr. Lemper jetzt nicht unter uns weilt, weil er sich dafür so stark engagiert hat - das Reiterdenkmal wieder an seinen alten Standort auf dem Heumarkt setzen. Die Renovierung dieses Denkmals würde 1,5 Millionen Euro kosten. Wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen würden, könnte das noch vor Jahresende erledigt sein. Wäre es nicht überlegenswert, die schöne Jahreszeit dafür zu nutzen, in der sich solche Arbeiten viel leichter als im Herbst oder Winter machen lassen? Aber selbstverständlich werden Sie das nicht tun. Sie vertreten ja den Standpunkt, dass Sie Ihre Prioritäten ganz anders setzen und dass Sie die dafür erforderlichen Mittel anderswo einsetzen wollen.

Meine Damen und Herren, unser Änderungsantrag macht klar, dass eine andere Politik für diese Stadt und auch eine andere Finanzpolitik möglich wären. Unser Änderungsantrag verdeutlicht, dass Einsparpotenziale bestehen, die dieser Stadt eine Chance geben würden, weniger Schulden zu machen. Unser Änderungsantrag macht klar, dass eine Option darauf besteht, sich auf kommunalpolitischer Ebene den Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zuzuwenden. Dass wir damit bei Ihnen nicht auf offene Ohren treffen, darüber sind wir uns im Klaren.

Wir werden es aber verstehen, unseren Änderungsantrag in die Stadt hineinzukommunizieren. Ich bin mir ganz sicher, dass außerhalb dieses Saales, nämlich in der Stadt, das Zustimmungspotenzial weitaus größer ist. Wir haben aufgezeigt, wie man es anders machen könnte. Das ist unsere Aufgabe als Opposition. Wir ersparen es Ihnen nicht, Sie trotzdem aufzufordern, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, weil er eine bessere Finanzpolitik und eine bessere Sachpolitik für die Stadt Köln möglich machen würde.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Für die Linke steht Herr Detjen auf der Rednerliste.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen: Herr Sterck, Sie haben hier groß getönt, die FDP mit Ihnen als Oberbürgermeisterkandidat könne alle Probleme lösen. Ich finde, es ist schon ein Armutszeugnis, dass die FDP dann im Finanzausschuss keinen Veränderungsnachweis eingebracht hat. Das ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Die Linke hat in der Sitzung des Finanzausschusses einen eigenen Veränderungsnachweis vorgelegt, der ein zusätzliches Ausgabevolumen von 12 Millionen Euro und Einnahmen in Höhe von 31 Millionen Euro vorsieht. Wer unseren Veränderungsnachweis mit dem von SPD, Grünen und CDU vergleicht, wird feststellen, dass unserem Vorschlag „Ausbau des Naturfreundehauses Kalk“ mit 190 000 Euro entsprochen worden ist. Dafür vielen Dank an SPD und Grüne.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Wechselnde Mehrheiten mit unserer Fraktion Die Linke haben zum Erhalt wichtiger sozialer Infrastruktur beigetragen. Beispielhaft möchte ich hier den Erhalt der Schwimmbäder in Rodenkirchen, Weiden und Nippes nennen. Ohne unseren hartnäckigen Widerstand und ohne den Protest der Menschen vor Ort wären die drei Bäder geschlossen worden.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Das hatte ja der Aufsichtsrat der KölnBäder mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen, FDP und

der Stimme des Oberbürgermeisters bereits 2007 beschlossen.

Lassen Sie mich aber nun zu den Haushaltskoalitionären von SPD, Grünen und CDU kommen. Peter Berger vom *Kölner Stadt-Anzeiger* schrieb in der letzten Samstagsglosse - Zitat -:

Nächstes Jahr wird gewählt. Jetzt kippt die Politik das Füllhorn über uns aus.

Da ist etwas Wahres dran. Ihr zusätzliches Haushaltspaket beträgt 43,7 Millionen Euro für beide Haushaltsjahre. Im vergangenen Jahr haben Sie noch gemeinsam mit der FDP ein mageres Zusatzpaket von 16,4 Millionen Euro geschnürt. Das heißt, Sie haben für beide Jahre jeweils circa 10 Millionen Euro mehr draufgesetzt. Dafür herzlichen Glückwunsch!

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und Ihr wollt sparen!)

Wir sind gespannt, wie nachhaltig diese Änderungen sind, zum Beispiel die Beitragsreduzierung für das dritte Kindergartenjahr. Damit hat die CDU ihre familienpolitische Duftmarke gesetzt. Wenn hier Geld mit der Gießkanne ausgeschüttet wird, fehlt das Geld, das in die Taschen gutverdienender Eltern fließt, bei der Bekämpfung der Kinderarmut. Die SPD hat 4,5 Millionen Euro in Beschäftigungsförderung gepackt, und die Grünen können in Zukunft auf neuen Radwegen mehr Fahrrad fahren.

Doch der Wähler ist klug und durchschaut diesen Süßstoff. Er sieht die Zahlen: Für 2009 weist die Füllhornkoalition einen Fehlbetrag von 102,5 Millionen Euro aus; 2010 sind es dann sogar 124 Millionen Euro. Es ist ein Armutszeugnis der Dreierkoalition und des Oberbürgermeisters, dass hier kein Deckungsvorschlag gemacht wird. Wenn man aber fragt, wo denn das Geld herkommen soll, wird auf die Ausgleichsrücklage verwiesen, insgeheim setzt man allerdings darauf, dem Stadtwerke-Konzern noch mehr Geld zu entziehen. In Ihrem Haushalt haben Sie für 2008 und 2009 jeweils 80 Millionen von den Stadtwerken eingeplant, insgesamt also 160 Millionen Euro. Im vergangenen Haushalt wurden dem Stadtwerke-Konzern „nur“ 70 Millionen Euro entzogen; schon diesen Betrag nannte man damals eine „Rekordsumme“.

Meine Damen und Herren, es stehen enorme Ausgaben an: 230 Millionen Euro für die Sanierung der Oper, jährliche Fehlbeträge der Messe in Höhe von 27 Millionen Euro, und Sie leihen der Sparkasse - auch das ein Bestandteil dieses

Haushaltes - 210 Millionen Euro. Von einem großen Gewinn aus dem Sparkassengeschäft wird gar nicht mehr gesprochen. Man hört jetzt, man denke an ein Plus/Minus-Geschäft. SPD und Grüne wollen die Rennbahn kaufen. Das wird bis zu 15 Millionen Euro kosten. Die Stadtwerke kaufen große Teile der Bonner Energieversorgung auf. Außerdem will man die Privatisierung des Flughafens verhindern. Auch dabei geht es um gigantische Summen.

Einige dieser Projekte mögen ja sinnvoll sein. Die RheinEnergie plant weitere Ankäufe von Geschäftsanteilen in sehr großem Umfang. Dafür liegt aber kein politisches Handlungs- und Finanzierungskonzept vor. Vor diesem Hintergrund ist der vorliegende Haushalt unseres Erachtens unverantwortlich. Deswegen werden wir dem auch nicht zustimmen. Das alte Kölner Sprichwort „Et hätt noch immer joot jejeange“ mag eine Lebenseinstellung der Kölnerinnen und Kölner sein, vielleicht auch der des Oberbürgermeisters entsprechen, sollte jedoch für Politiker, die eine solide Haushaltspolitik verfolgen, nicht das Maß sein.

Mit dieser Politik treibt uns die Füllhornkoalition in die Haushaltssicherung und gefährdet die städtischen Beteiligungsunternehmen. Wir sind zum Beispiel dafür, den Gewinn bei der GAG zu belassen und diese Beträge in den Bau neuer und sozialverträglicher Wohnungen zu investieren.

Die Linke tritt außerdem für eine Politik der Rekommunalisierung ein. Auch die kostet zunächst Geld, zahlt sich aber langfristig aus - es wird uns auch gar nichts anderes übrig bleiben, als diesen Kurs einzuschlagen. Oder wie wollen Sie die Privatisierung des Flughafens verhindern, ohne eine Politik der Rekommunalisierung entgegenzustellen?

Die Sanierung der Oper, Investitionen und Rekommunalisierung lassen sich nur dann umsetzen, wenn wir die Finanzeinnahmen insgesamt erhöhen. Eine Erhöhung des Gewerbesteuerbesatzes um 30 Punkte würde 30 Millionen Euro mehr in die Kasse bringen.

Nach der Kommunalwahl werden wir uns wieder sprechen. Dann wird man sehen, wie die Lage ist. Ich gehe davon aus, dass es einen Kassensturz geben wird. Meines Erachtens kann man auch einen Nachtragshaushalt nicht ausschließen.

Die Linke fordert eine Verbesserung der sozialen Grundstruktur. Besonderes Augenmerk legen wir auf den Ausbau des Köln-Passes für Geringver-

diener, die bis 130 Prozent über dem Regelsatz liegen. Mit zusätzlichen 250 000 Euro im Jahr - so die Mitteilung der Verwaltung im Sozialausschuss - wäre das zu machen. Die Erstausrüstung für Köln-Pass berechnete Schulanfänger mit Schulranzen, Turnsachen und Schreibzeug wäre mit 442 000 Euro möglich. Die Einführung des Köln-Passes hat die soziale Grundstruktur enorm gefestigt und nutzt auch den städtischen Unternehmen: 1 Million Kunden mehr hat die KVB gewonnen. Dadurch fällt der städtische Zuschuss an die KVB insgesamt deutlich niedriger aus als geplant.

Die Einführung eines Sozialtarifs für Strom hat der Rat bereits im Dezember 2007 eingefordert. Damit haben wir eine bundesweite Diskussion ausgelöst, die im Moment allerdings nicht richtig vorankommt. Köln könnte in dieser Frage eine Vorreiterrolle übernehmen. Unseres Erachtens wäre ein Mischmodell der richtige Weg. Wir schlagen 400 Kilowattsunden im Jahr frei - das macht ungefähr einen Betrag von 70 Euro aus -, verbunden mit einer Förderung von circa 30 Euro im Jahr für energiesparende Elektrogeräte, vor. Mit diesem Modell könnten wir von Köln aus bundesweit Signale setzen.

Stadtdirektor Guido Kahlen wird mehr Personal einstellen. Das begrüßen wir. Die Personalkürzungsvorschläge von Kienbaum waren unseres Erachtens eine Farce. Das haben wir von Anfang an gesagt. Die Personalzusetzungen sind zum großen Teil durch die Übertragung von Landesaufgaben notwendig geworden. Wir finden es durchaus sinnvoll, dass zum Beispiel weniger Gutachten aus dem Haus beziehungsweise von der Stadt Köln vergeben werden; denn diese kann man selbst erstellen. Dafür hat man jetzt insgesamt 20 Stellen vorgesehen. Wir halten das für den richtigen Weg. Man kann sagen: Die 170 000 Euro, die wir für das Kienbaum-Gutachten ausgegeben haben, waren rausgeschmissenes Geld.

Auch im Reinigungs- und Sicherheitsbereich könnte Personal zugesetzt und Fremdvergaben an Private zurückgeholt werden. Gerade in diesem Bereich findet Beschäftigung unter unerträglichen Bedingungen und zu Dumpinglöhnen statt. Die Stadt Köln muss dann aber auch für gute Arbeit guten Lohn zahlen; dieser Weg wäre möglich.

Die Stadtverwaltung muss jetzt energisch für interkulturelle Kompetenz der Stadt werben und die diesbezügliche Kompetenz der Beschäftigten verbessern. Auf diesem Wege können wir die städtischen Leistungen für Migrantinnen und

Migranten verbessern, aber auch mehr Arbeit schaffen. Gerade im Gesundheitswesen könnte eine Patientenflucht in die Heimatländer verhindert werden. Wir brauchen auch deutlich mehr Personal mit Migrationshintergrund. Das kann jetzt bei den Neueinstellungen berücksichtigt werden.

In Köln wird nur jeder zweite Jugendliche, der sich um einen Ausbildungsplatz bewirbt, versorgt. Gemeinsam mit dem DGB schlagen wir vor, nicht nur innerbetrieblich auszubilden, sondern für eine vorübergehende Zeit auch außerbetrieblich. Jeder Jugendliche muss eine Ausbildung beginnen können.

Außerdem mahnen wir an dieser Stelle noch einmal die Verdopplung der Plätze für den gemeinsamen Unterricht in den Regelschulen an. Besonders wichtig ist uns, dass jedes Kind, das in der Grundschule am gemeinsamen Unterricht teilgenommen hat, in Zukunft auch in einer weiterführenden Schule am gemeinsamen Unterricht teilnehmen kann.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Rechtsextremismus machen. Entscheidend ist, was man dagegen tut. Wenn Kölner CDU-Mandatsträger an Versammlungen der Grauen Wölfe teilnehmen, stärken sie damit die Rechtsextremen in dieser Stadt.

(Walter Grau [CDU]: Stimmt ja nicht! - Ursula Gärtner [CDU]: Das ist doch gelogen!)

Dass die CDU dann auch noch der Breslauer Sammlung in diesem Haushalt wiederum mit 25 000 Euro auf die Sprünge hilft, halten wir für ein Unding. Vor Jahren ist dieser revanchistischen Vereinigung der Geldhahn abgedreht worden. Der rechten Propaganda der Vertriebenenverbände müssen wir meines Erachtens entgegengetreten. Die Breslauer Sammlung, Herr Granitzka, ist faktisch eine kleine Wallfahrtsstätte für Rechte und rechtsextreme Personen.

(Andreas Köhler [CDU]: Ihre Aussage ist unverschämt, wie wir es von Ihnen gewohnt sind!)

Wir werden den Beschluss zur Haushaltssatzung ablehnen, aber dem Bürgerhaushalt zustimmen. 10 000 Menschen haben sich am Bürgerhaushalt beteiligt. Das ist ein Riesenerfolg. Jetzt müssen wir das Konzept verbessern und daran arbeiten. Ziel muss es sein, dass Beratungen auf Stadtbezirksebene den Prozess inhaltlich voranbringen.

Denn die Linke macht Haushaltspolitik mit den Kölnerinnen und Kölner gemeinsam.

(Winrich Granitzka [CDU]: Mit Links!

Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln - Andreas Köhler [CDU]: Das war wie gewohnt sehr schwach!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau May und Herr Dr. Müser haben sich untereinander geeinigt, dass Frau May als Nächste spricht, bitte schön.

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich stellenweise gefragt, ob ich mich wirklich in einer Haushaltsdebatte einer der größten deutschen Kommunen Deutschlands befinde. Hier wurde viel gesagt. Was aber fehlte, waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Zahlen und Fakten. Die entscheidende Frage, die ich vermisst habe, lautet: Wo ist denn das ganze Geld geblieben? Die FDP sprach von den Mehreinnahmen, die PDS von den Fehlbeträgen. Aber eine kritische Auseinandersetzung damit, wo das ganze Geld geblieben ist, ist hier nicht erfolgt. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wissen das. Einerseits reden wir hier über die Mantelbebauung von KölnArena, Messebau, U-Bahn-Bau usw. Andererseits halten Sie die Bürgerinnen und Bürger an - das wurde von den Grünen gesagt -, über Einsparpotenziale nachzudenken. Das können die Bürgerinnen und Bürger doch nicht ernst nehmen.

Ich habe Herrn Sterck, der ja immer einen Hang zum Karneval hat, aufmerksam zugehört. Ich habe bei Ihrer Rede eines vermisst, Herr Sterck, nämlich das entscheidende Lied: Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist jetzt Karneval?)

Der PDS will ich Folgendes sagen: Für die Rennbahn sind jetzt 10 bis 15 Millionen Euro vorgesehen. Vor zwei Jahren haben wir hier einen Antrag diskutiert, der einen Maßnahmenkatalog beinhaltete, wie man den Rennverein unterstützen kann. Der Oberbürgermeister hatte dem Maßnahmenkatalog zur Rettung des Rennvereins damals zugestimmt. Ich darf Sie von der PDS daran erinnern, dass dieser Antrag mit einer knappen Mehrheit gescheitert ist. Diese

knappe Mehrheit kam damals mithilfe der PDS zustande. Der Rennverein hat seine Hausaufgaben immer noch nicht gemacht. Aber wir werden demnächst 10 Millionen Euro dafür ausgeben, ohne den Rennverein auf wirtschaftlich tragfähige Füße gestellt zu haben. Darüber muss auch geredet werden, bevor man hier Forderungen stellt.

Für mich gibt es hier viel zu viel Wahlkampf. Der gehört nicht in eine solche Debatte. Ich habe mehr Aussagen zur Sacharbeit und mehr Zahlen erwartet. - Ich möchte meine Rede kurz halten; denn hier ist schon vieles gesagt worden.

Die SPD fordert mehr Bürgerbeteiligung. Das ist schön und gut. Aber Sie befinden sich in einem Dilemma: Sie können nicht auf der einen Seite mehr Bürgerbeteiligung fordern und auf der anderen Seite den Doppelhaushalt beschließen. Aus diesen Gründen werde ich diesem Doppelhaushalt nicht zustimmen. Danke schön.

(Beifall von Bernd M. Schöppe  
[pro Köln])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau May. Herr Dr. Müser, bitte.

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte meine Rede wegen der bereits gehaltenen Vorträge auf drei Punkte reduzieren.

Zum Ersten. Ich halte es nach wie vor für falsch, hier einen Doppelhaushalt zu beschließen. Diese Auffassung habe ich schon bei der Abstimmung darüber, ob es überhaupt einen Doppelhaushalt geben sollte, vertreten. Daran hat sich nichts geändert; denn es hat sich herausgestellt, dass die Argumente, die damals richtig waren, heute noch richtig sind.

Eines Ihrer Argumente war, dass es wichtig sei, das Haushaltsverfahren der Wahl zu entziehen. Nun wird - das hat hier auch schon Herr Detjen gesagt - im Vorfeld der Wahl ein Füllhorn über die Bürgerinnen und Bürger ausgeschüttet, und alle sind sich einig, wie das Geld zu verteilen ist. Das verursacht zum einen zusätzliche Verwaltungsarbeit, weil der zuerst eingebrachte, einfache Haushalt obsolet geworden ist und dann im Schnellverfahren ein Doppelhaushalt gemacht werden musste. Das zeigt zum anderen aber auch Ihre Angst vor dem Wähler; denn die Verlegung der Wahl ist kein Grund, einen Dop-

pelhaushalt aufzustellen. Köln steht damit ziemlich alleine da.

Herr Oberbürgermeister, Sie hatten damals, als es um dieses Thema ging, gesagt, das wäre nicht so, auch Bonn würde einen Doppelhaushalt verabschieden. Da sind Sie falsch informiert worden. Denn in Bonn wurde der Doppelhaushalt bereits vor der Vorverlegung der Wahl und nicht erst aufgrund dieser Vorverlegung beschlossen.

Zum Zweiten. Es ist falsch, hier einen Doppelhaushalt zu beschließen, weil damit das Bürgerhaushaltsverfahren, das hier 2005 aufgrund eines Antrags des Kölner Bürger-Bündnisses beschlossen wurde, in 2009 ausgesetzt wird. Auch hier zeigt Bonn, dass man es noch in diesem Frühjahr geschafft hätte, ein Bürgerhaushaltsverfahren umzusetzen. Die Bonner haben das innerhalb von zwei, drei Monaten geschafft. Diese Chance ist hier leider vertan worden.

Frau Moritz, Sie haben hier den Einwand gebracht, der Bürgerhaushalt habe eine Schwäche gezeigt, nämlich dass keine Einsparmöglichkeiten aufgezeigt wurden. Ich denke, Ihre Kritik greift zu kurz. Dafür nenne ich zwei Gründe:

Erstens bedeutet die Nichtnennung von Projekten, die die Stadt beschlossen hat, nach der Art und Weise, wie dieses Bürgerhaushaltsverfahren konstituiert wurde, ganz klar eine Ablehnung. Das sieht man auch daran, dass etliche Projekte, die hier im Rat abgelehnt wurden, als Nummer-Eins-Projekte, wie zum Beispiel im Sportbereich das Weidenbad, gewählt wurden. Das heißt, dass die Bürgerschaft durch Enthaltung beziehungsweise Nichtauflistung ganz klar gesagt hat, dass sie das nicht will.

Zweitens haben Sie von CDU, SPD und Grünen mit Ihrem Änderungsantrag keinen einzigen Einsparvorschlag gebracht.

(Ulrich Breite [FDP]: So ist es!)

Mit anderen Worten: Die Bürger sind mindestens so klug wie die Politiker, die hier im Rat sitzen und diesen Doppelhaushalt beschließen. Ich denke, man kann den Bürgern nicht vorhalten, wozu man selbst nicht in der Lage ist.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich auch nicht!)

Für diesen Doppelhaushalt, den Sie hier eingebracht haben, ist natürlich auch Lob angebracht. Lobenswert sind die Schwerpunkte, die zuerst von der Verwaltung und dem Oberbürgermeister

und dann auch von den Fraktionen, die den Änderungsantrag eingebracht haben, gesetzt wurden, und zwar die Schwerpunkte Jugend, Bildung und Prävention; die sind richtig und dringend. Das war längst überfällig.

Aber diese Schwerpunktbildung zeigt auch zwei Defizite auf. Das erste Defizit betrifft eine Fehlentwicklung der letzten Jahre, die nun gestoppt werden soll. Herr Börschel hat schon im Finanzausschuss Fehlentwicklungen genannt, die in den letzten Jahren zum Beispiel dazu geführt haben, dass Schulsozialarbeiter- ebenso wie Schulpsychologenstellen abgebaut wurden. Meine Damen und Herren, das folgte einer Aufgabenanalyse unter dem Motto: Wir müssen Geld sparen. Wenn unter dem Joch des Haushaltssicherungskonzeptes diese wichtige Arbeit eingestellt beziehungsweise gekürzt werden musste, dann war das kein Zeichen für eine nachhaltige Investition in unsere Jugend.

Das zweite Defizit betrifft die Unterscheidung in investive und konsumtive Ausgaben, die für eine Kommune wie Köln wenig sinnvoll ist. Eine Kommune wie Köln lebt nicht von Häusern und Straßen, von sogenanntem Betongeld, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern. Gerade auch am Beispiel von Frankfurt, wo die Börse gerade beschlossen hat, aufgrund eines geringeren Gewerbesteuerhebesatzes von Frankfurt nach Eschborn umzuziehen, zeigt sich, wie schnell sich diese Investitionen wieder in Luft auflösen können. Köln ist eine Kommune, die mitten in der Wissensgesellschaft lebt. Deshalb muss es heißen: Investition in die Bürger ist die beste Investition mit dem höchsten Return on Investment.

Drittens lehnen wir diesen Haushalt auch deshalb ab, weil er nicht nennenswert zum Schuldenabbau beiträgt. Vor rund zehn Jahren hat der damalige Oberbürgermeisterkandidat Harry Blum in einem Interview mit der *Kölnischen Rundschau* gesagt: „Ich trete an, um Köln schuldenfrei zu machen.“ Der spätere Oberbürgermeister Harry Blum ist dann auch fulminant gestartet, nur leider muss man heute, zehn Jahre nach diesem Interview, feststellen, dass von Schuldenfreiheit nicht die Rede sein kann.

Die FDP - Herr Sterck, das hat mich schon sehr erstaunt - macht mit dem Geldausgeben weiter, als ob es kein Morgen gäbe. So ganz unterschwellig fügen Sie hier ein, die Bebauung des Rathausvorplatzes sei schon längst beschlossen und wenn das Haus und Museum der Jüdischen Kultur nicht komme, dann werde eben ein weiteres Museum aufgesetzt. Hauptsache ist dabei, dass diese Bebauung umgesetzt wird. Ich sage

Ihnen: Es gibt breite Schichten in der Kölner Bürgerschaft, die etwas dagegen haben, auf Teufel komm raus diesen Platz zu bebauen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass diese Bürger auch Gehör in den politischen Gremien finden.

Der Doppelhaushalt schließt bereits im Haushaltsjahr 2009 mit einem deutlichen Defizit ab. Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplanentwurf verschlechtert sich die mittelfristige Finanzplanung von minus 60 Millionen Euro auf minus 264 Millionen Euro. Hier liegt Herr Börschel eindeutig nicht richtig, der im Finanzausschuss gesagt hat: Wir werden in der Umsetzung des Haushaltes schon irgendwie die notwendigen Einsparungen umsetzen können. Das haben wir in der Vergangenheit geschafft, das werden wir auch in der Zukunft schaffen. Das ist aber nicht so einfach. Herr Klipper hat in der Sitzung des Finanzausschusses noch einen draufgesetzt, indem er von Reserven, die zum Beispiel im Stellenplangefüge vorhanden und noch zu erschließen seien, gesprochen hat. Das ist aber falsch.

Das ist schon deswegen falsch, weil in den letzten Jahren einzig und allein die gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen, mit denen nicht kalkuliert wurde, der Grund dafür waren, dass die avisierten Schulden nicht entstanden sind, sondern der Haushalt jetzt im Endeffekt ausgeglichen ist, sodass wir aus dem Haushaltssicherungskonzept herausgefallen sind. Diese Gewerbesteuereinnahmen sind jedoch auf einem hohen Niveau; wir haben den Peak erreicht. Wer das Argument „gesteigerte Gewerbesteuereinnahmen“ heute noch anführt, verleitet Köln zu einer Spekulationsblase. Der letzte Veränderungsnachweis der Kämmerei zeigt bei den zu erwartenden Gewerbesteuereinnahmen für das Jahr 2010 bereits ein Minus von 30 Millionen Euro sowie für 2011 ein Minus von 40 Millionen Euro. Es gibt keinen Grund, davon auszugehen, dass dieser Trend sich umkehren wird. Im Gegenteil: Wir müssen davon ausgehen, dass der Peak bereits überschritten ist und wir von nun an mit sinkenden Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen haben. Damit wird die Schuldenlast, die wir mit diesem Haushalt auf uns laden, noch wesentlich mehr steigen, als uns jetzt von der Kämmerei vorausberechnet wurde.

Alles in allem, meine Damen und Herren, ist dieser Doppelhaushalt, der jetzt hier zur Abstimmung steht, nicht solide. Deswegen können wir dem nicht zustimmen. Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Müser.

Meine Damen und Herren, damit sind alle Haushaltsreden gehalten. Ich darf Sie nun bitten, der Tagesordnung zu folgen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2:

**2. In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

**2.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Weiterentwicklung der kommunalen Städtepartnerschaft“  
AN/0122/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion  
AN/0204/2008**

Man hat aber, wie mir mitgeteilt worden ist, im Finanzausschuss am 9. Juni sich einvernehmlich auf einen gemeinsamen Beschluss geeinigt, sodass wir nun über diesen gemeinsamen Beschluss wie Finanzausschuss am 9. Juni abstimmen werden. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Beim übrigen Rat, also von pro Köln, der Linken, Herrn Dr. Müser und Frau May.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**6. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008/2009**

Zu Tagesordnungspunkt 6.1:

**6.1 Einwendung von Herrn Dr. Bünger gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2008/2009  
2430/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Beschlusssentwurf ist, bitte ich um das Handzeichen.

(Zuruf: Was denn? – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind für die Verwaltungsvorlage!)

- Ja, es geht um den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Für den Verwaltungsvorschlag sind CDU, SPD, Grüne, FDP, Dr. Müser. Wer ist dagegen? – Pro Köln und Petra May. Enthaltungen? - Bei der Linken.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

### **7. In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen**

Zu Tagesordnungspunkt 7.1:

#### **7.1 Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher in Köln 4636/2007**

Ich sehe, es gibt hierzu keine Wortmeldungen. Es wurde vorgeschlagen, hier wie Schulausschuss zu beschließen. Ist das richtig?

(Ulrich Breite [FDP]: Nein! - Josef Müller [CDU]: Wie Finanzausschuss! - Martin Börschel [SPD]: Die Beigeordnete wollte noch etwas sagen!)

Frau Dr. Klein, bitte.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur zum Verfahren: Die Vorlage ist hier in den Rat geschoben worden, sodass hier heute entschieden werden müsste. Weder Schulausschuss noch Finanzausschuss haben bisher entschieden.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Mir war auch kein Ergebnis bekannt. Deswegen habe ich ja gefragt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir stimmen zu!)

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist das einstimmig so beschlossen.

(Beifall bei der FDP)

Zu Tagesordnungspunkt 7.2:

#### **7.2 Einrichtung einer Mehrstelle Techniker/in bei der Gebäudewirtschaft zur Durchführung des Energiedienstes Heizung 0900/2008**

Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.3:

#### **7.3 Verlängerung der bei der Gebäudewirtschaft befristet eingerichteten Stelle für die Projektleitung und -steuerung von Sonderprojekten 0902/2008**

Dazu ist Ihnen eben eine Tischvorlage mit einer geänderten Beschlussvorlage ausgehändigt worden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso bekommt die Vorlage jetzt einen Namen?)

- Ja, das ist ein Irrtum; das müssen Sie streichen. Das ist der Name des Mitarbeiters, der das für die Gebäudewirtschaft gefertigt hat. An und für sich sollte da kein Name draufstehen. Streichen Sie den Namen bitte durch.

Gibt es Gegenstimmen zu dem Beschlussvorschlag? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.4:

#### **7.4 Einrichtung einer Mehrstelle Techniker/in bei der Gebäudewirtschaft zur Durchführung des Energiedienstes Elektrizität 1017/2008**

Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.5:

#### **7.5 Einrichtung einer Mehrstelle TA (Ingenieur/in der Fachrichtung Statik) bei der Gebäudewirtschaft 1494/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

### **8. Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung**

Zu Tagesordnungspunkt 8.1:

### 8.1 Haushaltsermächtigung 2008 2098/2008

Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.2:

### 8.2 Bürgerhaushalt 2008 hier: Umsetzung der Vorschläge 2127/2008

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In der Fassung des Finanzausschusses! Das steht hier nicht drin! Der Finanzausschuss hat das abgeändert, aufgrund der gemeinsamen Liste von CDU, SPD, Grünen!)

- Ja, wie Finanzausschuss. Das ist dort behandelt und einstimmig beschlossen worden. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.3:

### 8.3 Stellenpläne

Zu Tagesordnungspunkt 8.3.1:

#### 8.3.1 Stellenplan für die Jahre 2008/2009 0056/2008

#### Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion pro Köln AN/1386/2008

Hierzu gibt es eine Wortmeldung, bitte schön.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, eine Frage an den Herrn Stadtdirektor zu stellen. Herr Stadtdirektor, Sie haben uns im AVR zugesagt, eine Antwort darauf zu geben, wie es geschafft werden kann, dass man Angestellte und Beamte in dieser Stadt gleichbehandelt. Nach unserer Meinung kann es nicht gut sein - das hatte ich Ihnen schon gesagt -, dass Angestellte befördert werden müssen, weil sie ein Recht darauf haben, Beamte aber nicht. Dadurch würde ein Zwei-Klassen-System eingeführt. Sie hatten uns versprochen, bis zur Ratssitzung eine Lösung dafür zu finden. Da mir diese bisher nicht vorliegt, darf ich Sie jetzt darum bitten, uns das mitzuteilen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Stadtdirektor, bitte.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Granitzka, Ihre Frage bezieht ja auf die Liste 2. Wir hatten angekündigt, dass wir Anhebungen von Beamtenstellen wegen der geringen Zeitspanne nicht würden prüfen können. Wir hatten ursprünglich vor, keine Beförderung auf einer Stelle für das Jahr 2009 vorzusehen. Aufgrund Ihrer Anfrage werden wir jetzt noch einmal mit den Dienststellen sondieren, in welchen Fällen es zu Härtefällen kommen könnte. Wir werden Ihnen nach dieser Sondierungsphase einen Vorschlag machen, möglicherweise erst im Jahre 2009, wie man hier noch Anhebungen und Beförderungen vorsehen kann. Diesen werden wir Ihnen im AVR zu gegebener Zeit vorlegen. Ich bitte um Verständnis.

Das Verfahren führt auch dazu, dass sich die Kolleginnen und Kollegen vermehrt um freie Stellen bewerben. Das heißt, die Flexibilität in der Verwaltung wird natürlich auch durch das bislang vorgesehene Verfahren gefördert.

(Winrich Granitzka [CDU]: Vielen Dank! - Karl Klipper [CDU]: Nichts gesagt!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kahlen. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag von pro Köln ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun stimmen wir über die Vorlage ab, wie es bei der Sondersitzung des AVR am 5. Juni beschlossen worden ist. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die FDP, pro Köln, Herr Dr. Müser und Frau May.

(Petra May [Einzelmandatsträgerin]: Ich habe mich vertan!)

- Du hast Dich vertan, also war es dort nur Dr. Müser. Wie hast Du denn abgestimmt?

(Zuruf von Petra May [Einzelmandatsträgerin])

- Frau May stimmt auch dafür.

Zu Tagesordnungspunkt 8.3.2:

**8.3.2 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008/2009 (Vorlage-Nr. 0056/2008) 1734/2008**

Auch hier soll abgestimmt werden wie AVR vom 5. Juni. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der FDP und Herrn Dr. Müser. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.3.3:

**8.3.3 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2008 0299/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.3.4:

**8.3.4 Veränderungsnachweis zur Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die Jahre 2008/2009 1656/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Das ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.3.5:

**8.3.5 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2008 5286/2007**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.3.6:

**8.3.6 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Jahr 2008 0038/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Das ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.4:

**8.4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008/2009 2723/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion pro Köln AN/1385/2008**

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln ab. Wer für den Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Nun kommt die Vorlage zur Abstimmung. Wer ist gegen die Vorlage? - Dagegen sind die FDP, pro Köln, die Linke, Herr Dr. Müser und Frau May. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ehe ich Sie gleich in die Pause entlasse, gestatten Sie mir noch einige kurze Bemerkungen. Ich bin froh, dass wir Ende März mit großer Mehrheit den Dringlichkeitsbeschluss für die Aufstellung eines Doppelhaushaltes gefasst haben und sich heute eine breite Mehrheit für den Doppelhaushalt 2008/2009 ausgesprochen hat.

(Beifall)

Dafür möchte ich den Fraktionen herzlich Danke sagen, die in der Tat äußerst verantwortungsbewusst und konstruktiv im Vorfeld und dann auch endgültig beraten haben.

Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, die natürlich noch einmal kurzfristig umschalten mussten und diese Arbeit unter Zeitdruck leidend dennoch hervorragend bewältigt haben. Herzlichen Dank!

Ich denke, wir haben damit eine Grundlagenentscheidung für die nächsten anderthalb Jahre getroffen und somit auch Planungssicherheit geschaffen. Die gesetzten Schwerpunktthemen sind erhalten geblieben. Das ist auch mir persönlich ganz wichtig. Einzelne Schwerpunktthemen sind sogar noch verstärkt hervorgehoben worden. Auch der Bürgerhaushalt ist von einer großen Mehrheit unterstützt worden. Auch das halte ich für ein erfreuliches Zeichen. Dass er schon zweimal prämiert wurde, bedeutet für die Stadt ein Renommee.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt 11.45 Uhr. Ich entlasse Sie nun in die Pause und wünsche Ihnen guten Appetit. Wir treffen uns um 14 Uhr wieder hier. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 11.45 Uhr)